

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Registrierungs-Nr.: Tagesblatt Rieser.  
Genehm. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontor: Dresden 1530  
Straßen-Nr. 22.

Nr. 247.

Dienstag, 21. Oktober 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kasse. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben): 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, bewilligter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag vorzahlt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Anzeigenbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winteclich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Der Reichstag ist aufgelöst.

Neuwahlen Sonntag, 7. Dezember.

Berlin, 20. Oktober. (Amtlich.) Die Bemühungen des Reichskanzlers, die letzte Reichsregierung zu erweitern, um ihr eine sichere Mehrheit im Reichstag zur Fortführung der bisherigen Politik zu verschaffen, sind endgültig gescheitert. Daraufhin hat der Reichskanzler, da sich ein anderer gangbarer Weg nicht zeigte, in Übereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinett beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages beantragt, um dem Volke Gelegenheit zu geben, eine solche Mehrheit zu schaffen.

Der Reichspräsident hat dem Antrag des Reichskanzlers entsprochen.

### Die Auflösungsverfügung.

(Berlin, 20. Oktober. (Amtlich.) Der Reichspräsident hat nachstehende Verordnung erlassen:

„Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher befolgten Innen- und Außenpolitik unmöglich. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich deshalb den Reichstag auf.“

Berlin, den 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident,  
Gen. Ebert.

Der Reichskanzler,  
Gen. Marx.“

### Ueberbringung der Auflösungsverordnung.

(Berlin, 20. Oktober.) Gestern abend um 8 Uhr überbrachte der Staatssekretär der Reichskanzlei dem Reichspräsidenten die Auflösungsverordnung. Die Ausschüsse des Reichstages, die schon Sitzungen anberaumt hatten, sind abgelehnt worden. Die Fraktionen sollen als solche auch fort; jedoch ist es ihnen unbenommen, als Vertrauensmänner ihrer Parteien in den Räumen des Reichstages auch weiter sich zu versammeln.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat für Mittwoch vormittag 10 Uhr eine Fraktionssitzung einberufen, auf deren Tagesordnung die Vorbereitung der Reichstagswahlen steht. Am heutigen Dienstag wird auch die national-sozialistische Reichstagsfraktion noch eine Sitzung abhalten, in der sie ebenfalls zu der neuen Lage Stellung nehmen wird.

Als die Kabinettsitzung am letzten Sonnabend zu Ende war, wurde ein Kommuniqué herausgegeben, das betrug, daß am Montag abend die Regierungskrise ein Ende haben sollte. Reichskanzler Dr. Marx war es offenbar müde, die Krise noch länger hinzuziehen zu lassen, und die zahllosen Stimmen aus dem Lande, die von allen Parteien erriechen, endlich einmal Schluss zu machen, verfehlten ihren Eindruck nicht. Das Ende der Krise ist freilich ein ganz anderes als wir erwarteten und als selbst noch die Mehrheit der Abgeordneten glaubte, die um 6 Uhr abends im Reichstag versammelt waren.

Wie kam es zur Auflösung? Die Fraktion der deutschen Demokraten hat auf den Befehl des Reichskanzlers erwidert, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt steht, sich an einem nur nach rechts erweiterten Kabinett nicht zu beteiligen und auch den Reichswehrminister Dr. Gehler im Kabinett nicht zu belassen. Diese Haltung der Demokraten war für den Reichskanzler Dr. Marx ausschlaggebend. Der Kanzler glaubte nicht die Linie seiner bisherigen Außenpolitik fortsetzen zu können, wenn die Demokraten die Mitarbeit im Kabinett ablehnten und die Regierung bei ihrem Bestreben eine Mehrheit in dem Reichstag zu erhalten auf die Nationalsozialisten angewiesen wäre. In wie weit seine Haltung im Kabinett von den Schwierigkeiten der Reichstagsfraktion des Zentrums diktiert war, entzieht sich begreiflicherweise der öffentlichen Kenntnis. Doch besteht Grund zu der Annahme, daß der Kanzler gerne die Gelegenheit wahrnahm, um ein wenn auch nur vorübergehendes Auseinanderfallen seiner Fraktion und Partei zu verhindern.

Die Politik der Deutschen Volkspartei war in dieser Krise durchaus gradlinig. Wie die Demokraten auf der einen Seite die Erweiterung der Reichsregierung nach rechts ablehnten, so hielt sich die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei an ihre Augenkooresprechung. Sie ging in der Erklärung ihres Wortes soweit, daß sie die Zurückziehung ihrer Minister für den Fall in Aussicht stellte, daß die Deutschnationalen bei Wiederauftritt des Reichstages nicht in der Reichsregierung säßen. Die Fraktion hat ihr Wort eingelöst. Wenn ihre Bemühungen nicht zum Ziele führten, so werden die Deutschnationalen schon ihr Gewissen erleichtern dürfen, ob sie in der Krise immer geschickt taktierten und das politische Augenmaß für das tatsächliche Greifbare besaßen. Bei den Verhandlungen am Montag stellten sie eine Rückfrage an den Reichskanzler und lehnten eine Beantwortung des Kanzlerbriefes ab, weil sie selbst noch ohne Antwort gelassen waren. Die deutschnationale Reichstagsfraktion vertagte sich kurz nach 6 Uhr auf Dienstag mittag 12 Uhr. Um 7 Uhr war indessen schon die Auflösungsverordnung des Reichstages ausgesprochen. Der Auflösungsbeschluss des Kabinetts hat sie völlig überrascht. Nun hat das deutsche Volk das Wort.

Berlin. (Funkpruch.) Amtlich. Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 21. 10. 1924 die Neuwahlen zum Reichstag auf den 7. Dezember anberaumt.

### Der Kanzler über die Gründe der Reichstagsauflösung.

Berlin. (Funkpruch.) In einer Unterredung mit einem Vertreter des Volks-Büros wies Reichskanzler Marx darauf hin, wie nach den bekannten Vereinbarungen zwischen Vertretern der Regierungsparteien und den Deutschnationalen gelegentlich der Abstimmung über die Dames-Gesetze die Frage der Regierungserweiterung dringend geworden war. Es sei ihm leider nicht möglich gewesen, den Gedanken der Volksgemeinschaft zu verwirklichen, weil von deutschnationaler Seite über die vom Kanzler aufgestellten Richtlinien hinaus Forderungen erhoben wurden, die von den Sozialdemokraten als nicht vereinbar mit der von ihm vertretenen Volksgemeinschaft erachtet wurden. Obwohl dem Kanzler der Zeitpunkt der Regierungserweiterung nach rechts als verfrüht erschien, habe er angesichts der durch den Beschluss der Deutschen Volkspartei geschaffenen Unmöglichkeit des Fortbestandes der jetzigen Regierungskoalition erkrankt den Versuch unternommen, durch Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung eine sichere Basis für die Regierung zu schaffen. Dazu hätten die Demokraten in der Koalition verbleiben und außerdem alle Stimmen innerhalb der nach rechts erweiterten Koalition der Regierung sicher sein müssen. Die Demokraten triffen jedoch in wiederholten Beschlüssen mit, daß sie einer einseitigen Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts nicht zustimmen könnten und machten ihr Verbleiben in der Regierung davon abhängig, daß die Einbeziehung der Deutschnationalen unterbleibe.

Bei dieser Sachlage war der Hauptgrund für die Regierungserweiterung, nämlich die Forderung der Regierungsmehrheit, hinfallig geworden, umso mehr, als keineswegs sicher war, daß gerade der Regierung bei den wichtigsten Entscheidungen reiflos alle Stimmen der neuen Regierungskoalition zufallen würden. In den letzten Tagen verstärkte sich insbesondere der Eindruck, daß die deutschnationalen Stimmen nur dann für die Regierung sicher sein würden, wenn die Deutschnationalen auch durch Männer in der Regierung vertreten wären, die gegen die Dames-Gesetze gestimmt haben und Vertrauensmänner des rechten Flügels der Deutschnationalen Partei sind. Die Erkenntnis wurde daher immer klarer, daß die Bildung einer sicheren Regierungsmehrheit nicht möglich war. So habe er im Reichskabinett die übereinstimmende Billigung für seinen Entschluss gefunden, dem Reichspräsidenten den Antrag auf Auflösung des Reichstages zu unterbreiten. Das deutsche Volk sei nun erneut vor die ernste Entscheidung gestellt, einen Reichstag zu wählen, der die schweren Aufgaben der kommenden Monate lösen und Deutschland das im Ausland erworbene Vertrauen erhalten könne. Er hoffe, daß der Wahlkampf nicht von heimlichen Parteizänkereien beherrscht sein werde. Die Schuld an dem Wirrwarr liege daran, daß die Neuwahlen im Reichstag zustande kämen, die ein sprichwörtliches Arbeiten unmöglich machten. Von der neuen Entscheidung des deutschen Volkes wird es abhängen, ob die Politik der Reichsregierung, die Deutschland im letzten Jahre trotz allem vorangebracht hat, in Zukunft gesichert sein wird.

### Reges Leben im Reichstagsgebäude.

Berlin. (Funkpruch.) Im Reichstagsgebäude herrschte heute vormittag trotz der Auflösung des Reichstages reges Leben. Zahlreiche Abgeordnete aller Parteien hatten sich eingefunden und besprachen erregt die Lage und die Aussichten für die Neuwahlen. Den Abgeordneten war durch ein amtliches dringendes Telegramm in folgender Form von der Auflösung Kenntnis gegeben worden: „Sitzung fällt infolge Auflösung des Reichstages aus. Reichstagsbüro.“ Zahlreiche Abgeordnete waren durch die Auflösung außerordentlich überrascht, da sie immer noch bis zum letzten Augenblick auf einen Ausgleich gehofft hatten. Am heutigen Dienstag treten die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und das Zentrum zusammen, am Mittwoch versammeln sich die Sozialdemokraten, die Bayerische Volkspartei, die Kommunisten und die Deutsche Volkspartei. Der Reichsvorstand der Demokratischen Partei ist ebenfalls im Reichstagsgebäude zusammengetreten, um die Neuwahlen vorzubereiten. Er tagt gemeinsam mit den bisherigen demokratischen Reichstagsabgeordneten und den Vorstandsmitgliedern der demokratischen Fraktion des preussischen Landtags.

### Die letzten Beratungssitzungen.

Berlin. Nachdem die deutschnationale Fraktion sich gestern in einer etwa zweistündigen Sitzung von neuem mit der Durchsicht der Lage beschäftigt hatte, vertagte sie ihre Aussprache auf 7/8 Uhr abends ohne eine materielle Entscheidung gefaßt zu haben. Die Fraktion fand nämlich keine Veranlassung auf den Befehl des Reichskanzlers eine materielle Entscheidung zu fällen, da die Stellungnahme

der demokratischen Fraktion, von der der Reichskanzler als Voraussetzung angesehen war, zu dieser Stunde noch nicht bekanntgegeben war.

Am Nachmittag um 5 Uhr beendete die Demokratische Fraktion ihre Besprechung, und der Vorsitzende der Fraktion W. G. Sch. beachtete sich sofort zum Reichskanzler, um diesem die Antwort der Fraktion auf die briefliche Anfrage des Reichskanzlers mitzuteilen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion versammelte sich wieder um 6 Uhr, ging aber ohne weitere Erörterung sofort wieder auseinander, da sie keine Veranlassung habe, auf die Beschlüsse der demokratischen Fraktion oder sonst auf irgendwelche Weisungen zu warten. Die Fraktion tritt am Dienstag um 12 Uhr mittags wieder zusammen. Inzwischen sollten aber die Verhandlungen mit dem Reichskanzler durch die Fraktionsführer angedreht werden. Eine Antwort auf den Brief des Reichskanzlers ist insofern erfolgt, als noch eine Rückfrage gestellt wurde.

Nach 6 Uhr abends endlich gab die Demokratische Fraktion ihrem dem Reichskanzler durch die W. G. Sch. und Erkelens übermittelten Beschluss bekannt. Der Beschluss wiederholt die früheren Erklärungen, daß nicht der geringste Grund für eine Regierungskrise vorzuliegen habe und daß das bestehende Kabinett von dem Reichstag ein glattes Vertrauensvotum erhalten würde. Die Demokratische Fraktion könne eine einseitige Verbreiterung des Kabinetts nach rechts mit ihrer Verantwortung nicht befehlen, zumal in das neue Kabinett auch Deutschnationale berufen werden sollten, die das Dames-Gutachten ablehnten hätten. Nach dem Verlangen, ein Mitglied ihrer Fraktion in einem ohne sie neu gebildeten Kabinett zu belassen und durch einen solchen den Beschluss unklare Verantwortlichkeiten zu schaffen, könne die Fraktion nicht entsprechen. Bei der Uebernahme dieses Beschlusses an den Reichskanzler rieten die demokratischen Führer dem Kanzler, mit der bisherigen Regierung am Mittwoch vor dem Reichstag zu treten. Der Reichskanzler bezieht sich keine Entscheidung vor.

### Die Berliner Presse zur Reichstagsauflösung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt die Reichstagsauflösung gegenüber dem wirren und unwürdigen Hin- und Herziehen und aussichtsloser Verhandlungen das kleinere Übel. Hinsichtlich der Neuwahlen spricht das Blatt den dringenden Wunsch aus, daß nach Möglichkeit eine einheitliche Front der rechtsstehenden Parteien für die Wahl herbeigeführt werde. Auch der „Berl. Volksk.“ legt sich für ein Zusammengehen der Deutschnationalen mit der Deutschen Volkspartei bei den kommenden Reichstagswahlen ein. Wie die Deutsche Volkspartei in den letzten Wochen unablässig die Regierungserweiterung nach rechts betrieben habe, so werde sie im bevorstehenden Wahlkampf ihre Kraft für das gleiche Ziel einbringen. Die „Deutsche Wk. Ztg.“ bezeichnet es als die politische Forderung der Stunde, daß Deutsche Volkspartei und Deutschnationale mindestens ein Wahlbündnis treffen müssen. Es verhohe gegen die nationalen Interessen, wenn diese beiden Parteien sich im Wahlkampf bis auf Messer bekämpfen.

Die „Germania“ sagt: Dieses Parlament war ein verfallener Sprößling der Inflationszeit, nicht fähig zur praktischen Arbeit und den Todesstimm bei seiner Geburt in sich tragend. Ein einziges Mal hat der Reichstag seine Aufgabe erkannt, als er am 29. August die Dawes-Gesetze mit großer Mehrheit annahm. Und doch war dieser Beschluss erst der Anfang einer Politik, die fortgesetzt werden muß, wenn nicht alle Erfolge der letzten Zeit wieder in Frage gestellt werden sollen. Die Sicherung des bisherigen Kurzes der deutschen Politik wird das Ziel der bevorstehenden Wahl sein müssen.

Unter der Ueberschrift: „Für die Republik“ schreibt der Vorsitzende des Parteiausschusses der demokratischen Partei Erkelens in der „Wk. Ztg.“: Der durch den französischen Imperialismus des Herrn Voicars durch die Marktzerrüttung und die Inflation erzeugte Reichstag hat geendet. Nun handelt es sich um die Sicherstellung der Weimarer Republik in der deutschen Außenpolitik, die seit London angebahnt ist. Das schwer leidende deutsche Gebiet fordert mit Recht eine demokratische Innenpolitik, die als Grundlage einer demokratischen Außenpolitik Deutschland wieder zur gleichberechtigten Nation in Europa macht.

Der „Vorwärts“ erklärt, die Kunde von der endlich vollzogenen Auflösung dieses unmöglichen Reichstages vom 4. Mai habe überall in den Kreisen der Sozialdemokratie geradezu Jubel hervorgerufen. Man empfinde diese Auflösung als einen Weg der Vernunft und des Rechts.

### Die Münchener Blätter zur Lage.

München. (Funkpruch.) Die Morgenblätter besaßen sich in ausführlichen Kommentaren mit der durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage. Die Demokratische Allgemeine Zeitung schreibt unter anderem, die Demokratische Partei habe mit ihrer Weigerung Politik auf weite Sicht getrieben. Nur eine starke Mitte könne außen- und innenpolitisch die Zusammenfassung aller Kräfte darstellen, die notwendig sei, um in der Weltpolitik und Weltwirtschaft als gleichberechtigter Partner zu gelten. Die Münchener Ansburger Abendzeitung verurteilt ebenso wie der Bayerische Kurier die Auflösung des Reichstages und die Haltung der Demokraten. Die Münchener Neuesten Nach-

richten demerten, der neue Wahlkampf werde ein Beweis dafür sein, daß das Parteibedürfnis des Zentrums, seine Eindeutigkeit zu wahren, und das Parteibedürfnis der Sozialdemokratie, wieder die große Fraktion im Reichstag zu bilden, den Ausschlag gegen alle Bedenken eines neuen Wahlkampfes gegeben hätten.

### Die Stellungnahme der Londoner Presse.

London. (Funkdruck.) Die Auflösung des deutschen Reichstags wird in der Presse viel besprochen. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, jedem unparteiischen Beobachter sei die Auflösung als der einzige mit den eigenen Interessen Deutschlands übereinstimmende Weg erschienen. Der neue Reichstag wird sicher lebensfähiger sein. Der Berliner Berichterstatter des „Daily News“ sagt die Auflösung werde das an eine volle grenzende Schauspiel, das man in den letzten vier Wochen erlebt habe. Bei den kommenden Wahlen werde Deutschland entscheiden müssen, ob die Republik ein lebensfähiger Faktor sei. Der Berichterstatter der „Times“ betont, daß das Kabinett Marx eine erfolgreiche Regierung war, unter der eine vollständige Reform der Finanzen vom Reichsfinanzminister Luther durchgeführt und das Reparationsproblem durch die Annahme des Dawesplanes einer Lösung beträchtlich näher gerückt wurde, was zum großen Teil auf die persönlichen Anstrengungen Stresemanns zurückzuführen sei. Obwohl im März gewählt, sei der Reichstag nicht mehr zeitgemäß gewesen, denn Deutschland habe bei den letzten Wahlen eben erst die Inflationsperiode hinter sich gehabt. Es werde angenommen, daß die Neuwahlen die Parteien der Wählung verstärken würden. In einem Leitartikel der „Times“ heißt es, die seitliche Entwicklung könne in Deutschland parlamentarische Verhältnisse schaffen, die in enger Übereinstimmung mit der neuen Lage ständen, wie sie durch die formale Anwendung des Dawesplanes geschaffen worden sei. Die letzten Wahlen wurden unter Bedingungen durchgeführt, die immer noch anormal waren, und sie brachten ein Parlament mit einem anormalen und kaum arbeitsfähigen Parteiverhältnis hervor. Trotz der Geschicklichkeit und der Fähigkeiten der führenden Männer Marx, Stresemann und Luther hatte die Regierung während der ganzen Zeit schlechtes Wetter. Marx habe alle Möglichkeiten einer parlamentarischen Koalition erwohnt. Neuwahlen seien tatsächlich die beste Lösung. Eine Regierung, die künftig mit vier deutschen nationalen Vorteseuilles beladen gewesen wäre, würde sich sicher als unfähig erweisen haben, die vielen auswärtigen Probleme zu bewältigen. Die letzten Wahlen fanden statt in einem Augenblick, wo die Erinnerung an die Inflationsperiode noch frisch war, wo das Inflationgebiet befiel und der Sieg des Dawesplanes noch keineswegs gesichert war. Daher hätten es die ähmersten Flügel der Parteien leicht gehabt, an die erregten Gemüter zu appellieren. Seitdem habe sich die Lage geändert.

### Neuerungen der französischen Presse.

Paris. (Funkdruck.) Man schreibt zu der Auflösung des deutschen Reichstags, die Wiederherstellung des Kredit des deutschen Reiches erfordert eine große Mäßigung in der Haltung seiner Regierung. Ein verständiger Kanaker kann nicht daran denken, sich den Befehlen der Nationalisten unterzuordnen. Es sei Paris nicht, es sei schwer, schon jetzt zu sagen, ob die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum bei den Neuwahlen den Sieg davon tragen würden, denn die rechtstehenden Parteien hätten sich wohl gehütet, den Dawesplan zu bekämpfen. Sie könnten sich heute ebensogut wie die Linksparteien der Wohlrat rühmen, die Deutschland davon ziehe. Quotidian schreibt, der Reichstag vom 4. Mai ist aus der Politik des nationalen Blodes und der Inflation hervorgegangen. Die Auflösung ist ein Ergebnis der französischen Wahlen vom 11. Mai. Wenn die linksstehenden Elemente in Deutschland dieses Mal den Sieg davontragen, so wird der nächste Reichstag ein Faktor des Friedens und der Wiederherstellung sein. Guhan Herve schreibt in der Victoire, Deutschland steht an einem wichtigen Scheidewege. Wir werden jetzt sehen, ob es nach rechts zu den Parteien gehen will, die die Wiederaufrichtung der Außenwelt und die Revanche fordern oder nach links zu den Parteien, die die Republik und somit den Frieden wünschen. Dewore sagt, was man in Frankreich erwartete, das sei der Erfolg der Ideen des sozialen Fortschritts und des Friedens zwischen den Völkern. Ob die Mehrheit von morgen nun nationalistisch oder sozialistisch sei, mag die Revision des Versailler Vertrages, die Erleichterung der Verpflichtungen, die ihm der Dawesplan auferlegt, werden immer erhöht werden.

### Der Wahlkampf beginnt.

Berlin. Kurze Zeit nach Bekanntgabe der Reichstagsauflösung ließen die großen Berliner Zeitungen auf den Straßen Ertraktblätter verteilen. Der „Vorwärts“ hat als erstes Blatt den Wahlkampf eröffnet; denn in seinem Flugblatt legt sich die Sozialdemokratie mit den Deutschnationalen heftig aneinander und enthält das Wahlprogramm für die kommenden Wahlen. Besonders scharf sind seine Angriffe gegen die Deutschnationalen, jedoch setzt er sich auch scharf mit den Kommunisten aneinander. Es heißt da: Die Kommunisten haben im Reichstage gar keine besondere Bedeutung. Sie haben mit ihren Kundertemporalen Konzerten und ihren Mäpelpfeifen das Ansehen der Arbeiterklasse, die sie angeblich ebenfalls vertreten wollen, aufs schärfste geschädigt. Im übrigen haben sie nur als Bundesgenossen der äußersten Rechten gewirkt. Die ungeheure Zersplitterung der Parteien ist ein Unfuss. Es gibt nur zwei große Parteien: Deutschnationale und Sozialdemokraten. Zwischen beiden muß entschieden werden.

### Auflösung des preussischen Landtags.

Berlin. Der Astenrat des preussischen Landtags trat heute vormittag um 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der durch die Reichstagsauflösung gegebenen Situation zu beschäftigen. Der Landtag soll aufgelöst werden, doch noch bis 1 Tag vor dem Wahltermin als fortbestehend gelten. Der Wahltag soll der gleiche sein, wie der Tag der Reichstagswahlen. Als Termin kommt in Frage der 30. November 1924 oder einer der darauffolgenden zwei Sonntage. Man will im Landtag noch den Haushalt verabschieden, voranschließlich durch ein Notgesetz. Um 1 Uhr wird der Astenrat erneut zusammenzutreten, da man annimmt, daß inszwischen das Reichskabinett sich über den Wahltag schlüssig gemacht haben wird. Es muß auch die Entscheidung darüber fallen, ob an dem Wahltag zugleich auch die Wahl zum Provinziallandtag und zum Kreisstag vorgenommen werden soll. Voranschließlich wird das, wie wir hören, nicht möglich sein. Die Plenarsitzung ist auf 3 Uhr nachmittags verschoben worden.

### Neuwahlen auch am 7. Dezember.

Berlin. (Funkdruck.) Im Astenrat des preussischen Landtags wurde mitgeteilt, daß am Tage der Reichstagswahlen, am Sonntag, den 7. Dezember, auch die Landtagswahlen stattfinden sollen.

Berlin. (Funkdruck.) Die Auflösung des preussischen Landtags wird in der Weise vollzogen, daß der Landtag selbst eine entsprechende Beschlussevorlage annimmt, die vom Reichskabinett am 7. Dezember 1924...

## Derliches und Sächsisches.

Miela, den 21. Oktober 1924.

Treppen und Fluren beleuchtet! Auf die Bekanntmachung des Rates der Stadt im vorliegenden amtlichen Teil, die Beleuchtung von Treppen und Fluren in den Wohnhäusern betr., sei an dieser Stelle ganz besonders verwiesen. Nach der bestehenden Polizeiverordnung hat die Beleuchtung mit Eintritt der Dunkelheit zu beginnen. Der Polizeibehörde gegenüber ist bei etwaigen Unfällen, die durch Nichtbeleuchten entstehen, der Hausbesitzer oder sein Stellvertreter verantwortlich. Auch im Interesse der Rettungsträger bitten wir, die Hausstätten nicht aufzufuß zu schließen und die Treppen und Fluren zu beleuchten, damit unseren Lesern allabendlich das „Mielaer Tageblatt“ regelmäßig und ordnungsgemäß überliefert werden kann.

Der getrige Jahrmarschmontag führte besonders in den Nachmittagsstunden unserer Stadt wiederum sehr viele Besucher aus der ländlichen Umgebung zu. Der Verkehr zwischen den Bundesreihen war wiederum ein sehr lebhafter und auch im „Belustigungssektor“ herrschte stotter Betrieb. Die Gelegenheit zu der gebotenen vielseitigen Belustigung wurde reichlich wahrgenommen. Das Wetter war zwar nicht so angenehm und sonnig wie am Sonntag, doch hielt es leidlich bis zum Abend aus. Deute mittag erreichte der diesjährige Herbstmarkt sein Ende. Wie wir hören, ließ die Kaufkraft des breiten Publikums vielfach sehr zu wünschen übrig. — Gelegentlich des diesjährigen Herbstmarktes besing Herr Hermann Linzer, Miela, das Jubiläum seiner 50-jährigen Tätigkeit als Bierant der hiesigen Jahrmärkte. Aus diesem Anlasse hatte ihm das Rateskollegium gleichsam im Namen des Marktausschusses ein Glückwunschschreiben überreichen und den Verkaufstand mit einer Giralde schmücken lassen.

Teichausflüge. Interessenten seien hiermit auf die heutige Bekanntmachung im amtlichen Teil, das Ausschreiben des Merzdorfer Rittergutsteiles betr., besonders hingewiesen.

Das Reformationsfest gilt für Sachsen als gefeierter Feiertag.

Modernes Theater (Hotel Hüpfner). Laut Anzeige in vorliegender Nummer findet die Operettenaufführung „Wiener Blut“ erst am 31. Oktober (nicht morgen) statt.

Die Deutschen Kleinstädter. Auf die Wiederholung der Aufführung der Deutschen Kleinstädter am Donnerstag, den 23. Oktober, im Hüpfneraal, sei hiermit nochmals hingewiesen. Der Reinertrag der Veranstaltung soll dem Hilfswert der Stadt Miela zufließen. (siehe Inserat.)

Unbekannte Tote. In Leipzig-Dölitz ist am 16. ds. Mts. die Leiche einer 25- bis 30-jährigen Unbekannten aus der Weiche gelandet worden. Die Leiche ist 1,60 Meter groß gewesen, kräftig, hat dunkelbraunes Haar, ovales volles Gesicht. Die Kleidung bestand in schwarzem Kostüm mit schwarzer Seidenborte, Jackett mit grauem Futter, der Rock war mit schwarzem Stoffknöpfen versehen, weiß und blau gestreifter Bluse mit weißen Vertikalknöpfen, weissen Spitzenunterrock, weissen Hemd und Reformhose, schwarzen Halbschuhen und Strümpfen und schwarz-lila gestreiftem Strohhut. Ein Taschentuch zeigt gestiftete Initialen und Buchstaben „H. V.“ In einer dunkelbraunen Ledertasche fand sich ein kleines Bild eines jüngeren Mannes. Sachdienliche Mitteilungen zur Feststellung der Person erbittet das Landeskriminalamt Dresden, Schlegelstraße 7, 3., Zimmer 193, wo auch das Bild der Toten zur Ansicht ausliegt.

Fällige Rentenbankfälligkeit zu 50 Mark. In letzter Zeit sind hier und auch in anderen Gegenden fällige Rentenbankfälligkeit zu 50 Mark in Verkehr gebracht worden. Sie weisen von den echten Scheinen erheblich ab und sind deshalb bei einiger Aufmerksamkeit leicht zu erkennen. Der grüne Stoffaufsatz auf dem rechten Teil der Vorderseite der echten Scheine, in dem die Fasern eingebettet liegen, ist bei den Fälschungen durch Auftragen eines schaumigartigen Tonies nachgeahmt, indem die Fasern durch farbige Striche angedeutet sind. Ein und wieder sind auch einige Fasern aufgestellt. Das Wasserzeichen (Kreuz- und Ringmuster), das sich bei den echten Scheinen deutlich über den ganzen Schein erstreckt, ist bei den Fälschungen durch einen fettartigen, bald schwächeren, bald stärkeren Ausdruck auf die nichtbedruckten Teile des Scheines vorgefälscht. Außerdem erhebt sich das Untergrundmuster der Vorder- und Rückseite und die Wertzahl 50 in der Mitte und auf dem Rande der Vorderseite unbedeutlich und verschwommen. Außer den 50-Rentenbankfälligkeiten tauchen auch Nachbildungen zu 10 M. auf. Sie sind auf Papier mit bogenförmigen oder mähdendrahlförmigen Wasserzeichen gedruckt, während die echten Scheine als Wasserzeichen das Kreuz- und Ringmuster haben. Für die erfolgreiche Wirkung bei der Ermittlung und Festnahme der Fälscher von Rentenbankfälligkeiten zahlt die deutsche Rentenbank eine Belohnung bis zu 1000 Rentenmark. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Einrichtung von Schulspargassen. Der Sächsische Sparassensverband hat an das Ministerium für Volksbildung durch Vermittlung des Ministeriums für Innern die Bitte gerichtet, die Bestrebungen auf Einrichtung von Schulspargassen zu unterstützen, die zur Erweckung des Sparinteresses und zur Reuebelung der Sparfähigkeit wesentlich mit beitragen können. Das Ministerium nahm daraufhin Veranlassung, den Schulspargassen und der Lehrerschaft, ohne deren Mitwirkung kein nennenswerter Erfolg auf dem Gebiete dieser Spargartigkeit zu erhoffen ist, die Förderung der Bestrebungen nahezu legen und auf die wegen der Schulspargassen erlassenen Generalverordnungen von 1882 und 1907 hinzuweisen.

Warnung vor der Zureise in den rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Vom Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe, Abt. Bergbau, Bochum in Westf., wird mitgeteilt: In den letzten Tagen hat ein wilder Zustrom von Arbeitern aus fast allen Landesteilen Deutschlands in dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk eingest, der geeignet ist, bei der äußerst unangenehmen Arbeitsmarktlage im Bezirk das Meer der bereits Erwerbslosen im eng bebölkerten Industriebezirk noch weiter zu vermehren. Erst am 15. ds. Mts. sind mehrere Tausend von Bergarbeitern infolge Betriebserschließung entlassen worden und weitere Entlassungen stehen noch bevor. Es wird daher dringend vor jeglicher Zureise in den rheinisch-westfälischen Industriebezirk gewarnt, weil die Erlangung von Arbeit und Unterkunft zur Zeit daselbst ausgeschlossen ist und eine Unterfütterung aus öffentlichen Mitteln nicht in Betracht kommen kann.

Ein Bescheidungsantrag gegen die sozialdemokratischen Minister? Die „Leipziger Volkszeitung“ will erfahren haben, daß in den Kreisen der Beamten, die in der Ministerroschüre „bekämpft und verurteilt“ worden seien, die Absicht bestehe, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, weil der Vorstoß der Roschüre „sich nicht nur gegen die persönliche Ehre der Angegriffenen in Bezug auf ihre Beamtenschaft richte, sondern auch eine schwere materielle Schädigung der Betroffenen bedeute.“

Gegen die Viehwagen in Personenverkehr. Der Reichsverband der Kaufmannschaft hat...

Reisende Verwendung von Viehwagen im Be... auf der Strecke Kallig-Komotau, der rentabelsten Linie für den Staat. Es geht nicht an, die Bürger mit Steuern zu erdrücken und sie im Viehwagen zu befördern.

Einreiseerleichterungen. Der Bundesrat der Schweiz hat den europäischen Staaten, mit denen das Visum noch besteht, Abmachungen über die gegenseitige Einführung eines Spezialvisums (Jahresvisum) vorgeschlagen, das zu beliebigen Grenzübertritten für die Dauer eines Jahres berechtigen soll. Die Gebühr hierfür soll auf 10 Frank bemessen werden, und zwar auf Gegenleistung. Wo der Visumabgabe mit Ausnahme der Einreise zur Annahme von Arbeit bereits aufgehoben ist, kann das Visum künftig auch für die Einreise zur Arbeitsstelle entfallen. Im Verkehr mit europäischen Staaten ist die Erleichterung nur bei Gewährung von Gegenleistung in Aussicht genommen. Für die überseeischen Staaten wird sie einseitig eingeführt und die Gegenleistung nur angeregt.

Die Heizung der Büge. Die im letzten Winter laut gewordenen Beschwerden über mangelhafte Bugheizung veranlassen die Reichsbahndirektion, die Lenker und Dienststellen darauf hinzuweisen, daß in der kommenden Heizzeit alle Vorkehrungen für die Durchführung einer ordnungsmäßigen Bugheizung zu treffen sind. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß für biotempen Fernzüge, die wegen ihrer Länge von der Lokomotive aus nicht durchgeheizt werden können, im Bedarfsfälle Heizfestwagen nach den Umfahrplänen der Nachbardirektionen eingestellt werden müssen. Zur Vermeidung der Abkühlung der Büge sind die Bugbesitzer und Bahnhofbediensteten für die Schließung der Fenster verantwortlich.

Wiedersehensfeier der 28er. Die Kameraden des ehem. Inf.-Reg. Nr. 28 hielten am Sonntag in Dresden eine Wiedersehensfeier ab, die mit der Ehrenmalweihe und der Gründung des Regimentsvereins verbunden war. Am Sonnabend fand im Italienischen Dorfchen ein Begrüßungsabend statt, an dem der Regimentsverein gegründet wurde. Ansprachen hielten Generalmajor a. D. Neubauer, Oberst a. D. Richter und Hauptmann a. D. Tähne. Nach einem Gedächtnisgottesdienste am Sonntag vormittag in der Garnisonkirche wurde ein schlichtes Ehrenmal enthüllt, wobei Generalmajor a. D. Neubauer die Gedächtnisrede hielt. Die Zusammenkunft schloß mit einem Festkommers in Saale der „Harmonie“.

Regimentslag der 28er Artillerie. Die Kameraden des ehem. Inf.-Reg. Nr. 28 und seiner Feldformationen hielten am Sonntag in Bautzen eine Wiedersehensfeier ab. Am Begrüßungsabend, der am Sonnabend in den Kronensälen veranstaltet wurde, gab Generalmajor a. D. Richter, der letzte Friedens- und erste Kriegskommandeur des Regiments, bekannt, daß der ehemalige König Friedrich August den alten Kameraden seinen Gruß entbiete. Oberleutnant Heide hob Marktfeste aus der Geschichte des Regiments hervor. General v. d. Planitz überbrachte die Grüße der Infanterie, Major Dultsch die des Militärvereinsbundes. Am Sonntag, dem Tag von Bayern, fand vormittags eine Gedächtnisfeier am Denkmahl statt, bei der Generalmajor a. D. Richter die Ansprache hielt. Eine Urkunde mit den Namen der Gefallenen des Regiments wurde durch einen Offizier in den Esten gelegt. Die Gedächtnisrede hielt Kam. Pastor Berg. Dann wurden zahlreiche Kränze am Denkmahl niedergelegt. Mittags fand in der Artilleriekaserne eine sportliche Veranstaltung zehnten der Reichswehr statt und am Abend ein Festball in den Kronensälen. Die Feier war vom Geiste echter Kameradschaftlichkeit getragen.

Religionszensuren. Da vielfach Religionszensuren in die Jahreszeugnisse nicht eingetragen worden sind, hatte der Landesverband der christlichen Elternvereine Sachsen das Volksbildungsministerium gebeten, durch dessen Verordnungsblatt allenfalls die Eintragung zu veranlassen, damit nicht die örtlichen Streitigkeiten über weitere Ausdehnung annehmen möchten. Diesen Weg aber schlägt das Ministerium nicht ein, sondern hat den Landesverband erlucht, sich wegen der Nichterstattung von Religionszensuren an außerhalb Dresdens gelegenen Schulen, an die zuständigen Bezirksschulämter zu wenden. Soweit Dresdner Schulen in Frage kommen, hat das Ministerium Berichterstattung angeordnet. Da die Vorweisung der Religionszensuren bei der Anmeldung zum Konfirmationsunterricht als Ausweis über die Teilnahme des Kindes an Religionsunterricht erforderlich ist, müssen die Eltern sich da, wo die Eintragung unterbleiben ist, an das zuständige Bezirksschulamt wenden, wobei dies an Orten, wo solche bestehen, durch die Elternvereine des Landesverband geschehen kann.

Schneckenplage. Die Aderschnede tritt jetzt in manchen Gegenden auf den jungen Wintergetreidearten in verheerender Weise auf. Es ist anzunehmen, daß das Auftreten der gefräßigen Schnecke in diesem Herbst ein ziemlich verbreitetes werden wird. Der Landwirt wird daher gut tun, seine Weizen- und Roggenfelder scharf zu kontrollieren und die Mittel bereit zu halten, die erfahrungsgemäß geeignet sind, den Schädling zu bekämpfen. Als Bekämpfungsmittel kommt in erster Linie der gekörnte und gemahlene, aber auch der gelbste Aesfall in Betracht, der in den frühen Morgenstunden mit der Maschine oder mit der Hand in einer Menge von 3-4 Doppelzentner auf 1 Hektar Fläche zu streuen ist. Brennende und schmerzende Augen der Leute und Pferde sind mit einer bereitgehaltenen Sudeilösung auszuwaschen, wodurch der Schmerz sofort verschwindet und Augenschäden verhindert werden. Die Fallmenge teilt man und streut die zweite Hälfte eine halbe bis eine Stunde nach der ersten Fallfalle. Rainit, wie Fallfalle überhaupt, sind auch geeignete Mittel. Sie scheiden aber aus, wenn schon mit Fallfalle gedüngt worden ist, weil sonst eine Veräuerung des Feldes besürchtet werden muß, während Fall etwaige Säuren bindet und unschädlich macht. Will man das von der Schnecke befallene Feld gleichzeitig mit Stickstoff düngen, so ist der Fallstickstoff das gegebene Düng- und Bekämpfungsmittel, von dem man mit 2-3 Doppelzentner auf 1 Hektar auskommt. Das Sammeln der Schnecken in auf das Feld ausgelegten Holzlegeln dürfte nur auf kleineren Flächen in Betracht kommen.

Dresden. Die Kriminalpolizei meldet: Unter verdächtigen Umständen ist am 23. 9. der Volontär Herbert Hugo Moritz Tauber, am 9. 12. 1904 in Leipzig geboren, verschwunden. Tauber ist am genannten Tage mit seinem Fahrrad von Webershagen bei Cassel nach Cassel gefahren, er ist auch dort gesehen worden und seit dieser Zeit fehlt von ihm jede Spur. Tauber ist 1,98 Zentimeter groß, schlant, aber kräftig, hat bageres blaues Gesicht, ist bartlos, blond, hat an einer Seite des Hinterkopfes einen erdbeergrünen Leberfleck und vollständiges Gebiß. Zuletzt trug er grauen Sportanzug, graubraune Stutzen und hohe gelbe Schnürschuhe. Tauber ist in Schulden bis 1000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Dresden. Zur Aushebung einer Attentatschwerkratte durch die Dresdner Kriminalpolizei in Leubnitz-Renotha schreibt eine Dresdner Korrespondenz anderweit noch folgendes: Der Verhaftete ist der Steinbrüder Fritz Walter Ragler, der seit Frühjahr 1922 Eigentümer des Grundstückes Schulstraße 9 war, dessen Inangabeverlegung für den kommenden 20. Oktober vor dem Amtsgericht Dresden angesetzt ist. Ragler war vor einigen Jahren in eine...



**Vereinsnachrichten**

**Sängerfranz.** Heute 8 Uhr Damenchor Stern, 9 Uhr Vorstandssitzung im „Löwen“.  
**Orpheus.** Heber 10 Jahre alte Kinder von Mittel, die sich an unserer Weihnachtsaufführung zu beteiligen wünschen, wollen sich Mittwoch, 23. 10., 3 Uhr nachm. bei Höpfners im Vereinslokal einfinden.  
**Männergesangsverein Gröba.** Heute abend Singstunde, vollständiges Erscheinen aller Sänger Bedingung. — Zur Begrüßung unseres Sangesbruders Max Wartenberg stellt der Verein Mittwoch nachm. 7 1/2 Uhr im Vereinslokal am Kufner. Beteiligung auch der passiven Mitglieder Ehrenlade.

**Gewerbeverein.**  
 Mittwoch, den 22. d. M., abends 8 Uhr im Wettiner Hof  
**Versammlung.**

Tagesordnung: Eingänge; Bericht a) über den Verbandstag in Meißen, b) über den Ostfälischen Handwerkertag in Bautzen; Beschlussfassung über Familienabend; Neueinführung der Steuern; Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

**Literarische Vereinigung an der Oberrealschule zu Riesa.**

**Zum Besten des Hilfswerkes der Stadt Riesa**

Donnerstag, den 23. Oktober 1924 abends 8 Uhr im Höpfnersaal

**Die deutschen Kleinstädter**

Lustspiel in 4 Akten von August von Roßebue. Karten zu M. 1.50 und M. 1.— (num.) in der Buchbldg. Wunstel.

**Kammerlichtspiele Hauptstr. 1**

Ab heute bis Donnerstag:

**Die letzte Sensation des Zirkus Garrini**

großer spannender Zirkuskunst in 6 Akten sowie das tolle Lustspiel

**Bob als Detektiv.**

Um gütigen Zuspruch bittet der Verfasser.

**Café Promenade.**

Morgen sowie jeden Mittwoch nachmittags 4 Uhr

**Kaffee-Konzert**

**Arno Zocher Frida Zocher geb. Mizera**

grüßen als Vermählte und danken herzlich zugleich im Namen der Eltern für die ihnen erwiesene Aufmerksamkeit. Riesa / Dörichstr., Oktober 1924.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimzuge unserer lieben Mutter und Großmutter

**Amalie verw. Scholze**

sagen wir unseren herzlichsten Dank. Weida, 20. Oktober 1924.

Familie Paul Scholze  
 „ Oswald Höder.

Nach schwerem Leiden verschied am Sonntag, 19. Oktober 1924, unerwartet mein geliebter Mann, mein treusorgender Vater, unser lieber Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Architekt

**Friedrich Wilhelm Ludwig Lachmann.**

Im tiefsten Schmerze Gertraud Lachmann geb. Diebel im Namen aller Hinterbliebenen.

Riesa, Bismarckstr. 35b. Beerdigung Donnerstag, 23. Oktober, nachm. 2 Uhr von der Friedhofshalle aus.



**Nur so verpackt!**



**Schwan im Blaубand** frisch gekirnt

**Herbst-Preisaufgabe**

Ewr - steruz - ofmkm - litham - ruzste

Jeder ist Gewinner der uns obiges Sprichwort in richtiger Lösung einsendet, und jeder Löser nimmt teil an der Verteilung der nachstehenden Preise:

**1 Automobil**

oder eine kompl. Wohnungseinrichtung  
 1 Motorrad oder ein Chaisimmer  
 1 Pianino oder ein Wohnzimmer  
 4.-203. Preis = 200 la Taschenuhren und eine große Anzahl kleine Preise.  
 Die Verteilung erfolgt unter Aufsicht eines Notars. Die ger. Versandkosten muß der Einsender tragen. Die Einlieferung muß sofort erfolgen, verpflichtet zu nichts und ist ohne Risiko. Für Rückp., Druckf., Schreiblohn usw. sind Gebühren der Lösung beizufügen. (Briefporto 10 Btg.). Schreiben Sie sofort an Globus-Versand Heinz. Stamm, Braunschweig 2261.

**Heilkunde.**

Meine Sprechstunden für Homöopathie, Biochemie, Naturheilverfahren, Augendiagnose nach Dr. Madaus finden jeden Donnerstag von vormittags 9 bis 8 Uhr nachmittags in Riesa, Schloßstraße, Rest. zum Gambirius statt.  
**E. Klemant, Seifkundiger.**

**Mignon**  
 Die Edel-Schokolade  
 Extra • Milch • Bitter    Milch-Nuß • Milch-Mokka

MIGNON-SCHOKOLADENWERKE  
 DAVID SÖHNE AKTIENGESELLSCHAFT HALLE(SAALE)

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen  
**Frau Auguste Marie Kriegel**

verw. gew. Kretzschmar geb. Hoffmann

ist es uns Herzensbedürfnis, für die überzahlreiche Anteilnahme, die uns durch Wort, Schrift, Blumenschmuck und letztes Geleit zuteil wurde, nur hierdurch allen unseren innigsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Habe Dank“ und „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach.

Riesa, 21. Oktober 1924.

**Hermann Kriegel**  
 zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

**Obitverkauf.**

Halbhohe Kessel u. Birnen wegen Blahäumung nur noch diese Woche.  
**Sickert Obststübe**  
 Rolfsstraße.

**Wein**

-trauben zum Pressen kauft jeden Posten

**Weinkellerei Lichtensee**  
 bei Riesa.

**Prinzeß-Unterröcke**

große Auswahl Stück M. 4.25 bis M. 30.—  
 Seinen- und Wäschehaus **Adolf Aldermann.**

Man verlange stets Radeberger Wilfner Weihenstephan-Bier

**Hotel Höpfner Modernes Theater**

Direktion: A. Lorke. Operetten- Aufführung „Wiener Blut“ nicht morgen sondern erst Freitag, den 31. Oktober.

**Billige Samt-Tage.**

Verkaufe diese Woche 70 bis 80 cm breite gute Samte von nur 3.50 M. an für das Meter. Mancherlei in allen Farben von 4 M. an.

**Uhligs Rester-Geschäft.**

Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens

zeigen hocherfreut an  
 Saftmeister **Willy Broschwitz und Frau.**

Glaubitz, 21. Oktober 1924.

**Kriegerswitwe**

vom Lande, 33 Jahre, mit zwei Kindern, wünscht sich wieder glücklich zu verheiraten. Off. unt. X 1728 an das Tageblatt Riesa.

Suche s. 1. Nov. eheliches Hausmädchen (Schulfrei) bei hohem Lohn.  
**W. Freygang**  
 Hauptstr. 72.

**Sonderdrucke vom Fahrplan des Kraft-Omnibus**

Verteiles sämtlich in der **Tageblatt-Geschäftsstelle** Goethestr. 50.

**Ein sauberes, fleißiges Hausmädchen**

nicht unter 20 Jahren, wird s. 1. Novbr. gesucht.  
**Hotel Stern.**

**Jüngere Stenotypistin**

versteht in Stenographie u. Schreibmaschine gesucht.  
**Alfred Büttner**  
 Paulstr. Riesa.

**Bertel**  
 verkauft Gustav Starke, Sobestr. 28.

**Arbeitspferd**

mittelschwer, unter zweien die Wahl, zu verkaufen.  
**Oskar Messer**  
 Obermühle Riesa.

**1 Pferd**

starker Fieber, jedoch leichtgängig, sucht zu kaufen.  
**Ricard Gröba.**

**1 Posten Geißhölzer als Baumschutz**

gegen Kaninchenfraß im Winter geeignet, verkauft **Steinert, Saager** Reithain.

**Alte Hochfrau**

für hier und auswärts empf. sich **Fri. Köhler**, Hauptstr. 85, 3.

**Wander-Dekorateur**

mit guten Referenzen, der in ersten Firmen tätig gewesen ist (Stapel- und Fantasie-Fenster) nimmt Aufträge für Riesa und außerhalb entgegen unter Z 1728 im Tagebl. Riesa.

**Restaurant Elbterrasse**

Guter preiswerter Mittagstisch

Man verlange stets Radeberger Wilfner Weihenstephan-Bier

Die heutige Dir. umfaßt 8 Seiten.

Die Kriegsschuldigen.

(Neue Dokumente.)

Die Regierungskreise hat eine Frage wieder in den Hintergrund gedrückt, die vor kurzem auch von den maßgebenden Stellen für wichtig erachtet wurde, zum Gegenstand einer politischen Aktion großen Stiles gemacht zu werden: die Frage der Kriegsschuld. Und doch häuft sich, man kann fast sagen mit jedem Tage, das Material, das uns gegen den berücksichtigten Schuldparagrafen nicht nur eine durchaus gesicherte Verteidigung, sondern, was erheblich wertvoller ist, einen mit Erfolg durchzuführenden Angriff erlaubt. Wir können gegen einzelne, bestimmte Verantwortlichkeiten die Anklage auf bewusste Kriegsanfertigung erheben und diese Anklage dokumentarisch beweisen. Poincaré und Tschwolski, das sind die beiden Männer, die in enger und geheimer Zusammenarbeit fast ein Jahrzehnt lang alle Mächte des Westes gefügigt haben, in das Deutschland dann, moralisch reinen Gewissens, aber befaßt durch die Ungültigkeit seiner politischen Führung und durch die Hoffnungslosigkeit seines Friedensglaubens, hineingestürzt ist.

„Dies ist mein Arien“, so brüht sich Tschwolski in den ersten Tagen der Weltkriegskatastrophe. Lord Bertie, der ehemalige englische Botschafter in Paris, hat diese Heckerung in seinen Tagebuchblättern anlässlich der in diesen Tagen erscheinenden nun ein fünftausendseitiges Werk, das in unantastbarer Sachlichkeit Friedrich Ströde im Auftrag des Auswärtigen Amtes herausgegeben hat. Es handelt sich um eine Veröffentlichung aus den Geheimakten der russischen Staatsarchiv, die seit dem ersten Male in deutscher Uebersetzung erscheint und die betitelt ist: „Der diplomatische Schriftwechsel Tschwolski 1911-1914“ (Deutsche Verlagsanstalt für Politik und Geschichte, Berlin W. 8.). In vier Bänden sind die politischen Vorkriegsverhältnisse im Spiegel der Botschaftertätigkeit Tschwolskis wiederzugeben. Ein fünfter Band dient als Wegweiser durch die Dokumente der vorhergehenden Bände und entwirft in zusammenfassender Darstellung die Ereignisse und ihre inneren Verhältnisse.

Zwei Monate vor Uebernahme der Geschäfte des russischen Außenministeriums, im Jahre 1906, veranlaßte Tschwolski in Paris die russischen Botschafter in London, Paris und Rom und stellte sie ausdrücklich auf die Politik des Bündnisses mit Frankreich ein, das, wie Tschwolski damals betonte, durch ein Abkommen mit England und Japan gesichert werden sollte. Damals vollzog sich die große Wendung in der russischen Politik, die Abkehr von der Ausbehnung im Osten, die Frontnahme gegen den Westen. Am 16. Februar 1912 konnte Tschwolski nach Petersburg berichten, daß der neuernannte französische Ministerpräsident und Außenminister Poincaré am Tage nach seiner Ernennung vertrauliche Erklärungen abgegeben habe, in welchen Frankreichs unerschütterlicher Entschluß niedergelegt war, nötigenfalls die Verteilung der Ansprüche auf Ost-Asien unter französischen Lebensinteressen mit bewaffneter Hand zu erzwingen. Das Ziel war festgelegt. Nun galt es die Wege zu bereiten.

Wie erfahren, wie durch die Patrioten Poincaré und Tschwolski der zu maßvoller Friedenspolitik neigende französische Botschafter in Petersburg, Georges Louis, beiseite wurde. Die persönliche Einflußnahme Poincarés auf den russischen Außenminister Sazanow, der damals noch eine schwankende Haltung einnahm, wurde durch die Aufhebung Poincarés erstrebt. Russische Zeitungsartikel, von Poincaré veranlaßt, forcierten für das weitere. Friederhaft tätig waren die Wähler, um die Zusammenkunft zwischen dem deutschen und dem russischen Kaiser in ihrer Wirkung auszuweichen. Eine gleiche rührige Tätigkeit wurde gegen die Bemühungen Englands entfaltet, den europäischen Frieden durch eine Verständigung mit Deutschland zu sichern. Man dachte sich nicht, England mit offenem Bruch zu drohen. Ein Netz politischer Fesselungen wurde über Italien ausgebreitet, das man innerlich allmählich aus dem Dreibunde löste. An die diplomatischen Bindungen knüpften sich sehr weitgehende militärische Vereinbarungen, Militär- und Marinekonventionen. Gelegentlich der Reise Poincarés nach Rußland im Jahre 1912 wurden weitgehende militärische Beratungen abgehalten. Poincaré vertraute Tschwolski damals an, daß auch mit dem englischen Generalstab und Admiralstab ständig vertrauensvoll Fühlung gehalten würde. Es ist im Rahmen einer Zeitungsbesprechung auch nicht annähernd möglich, alle Einzelheiten über die Umtriebe der Kriegsparteien in Paris und Petersburg anzudeuten. Einmündig geht aus den Aufzeichnungen, die ohne den russischen Umkreis genau so im Geiste der Kirche schlummern würden, wie es die Akten in Paris und London tun, hervor, daß mit zweifacherem Fanatismus nichts anderes vorbereitet wurde, als der Krieg in dem Umfange und mit der Zielrichtung, wie wir ihn schauernd erlebt haben.

Einen Mann „frei von jeder Furcht vor Verantwortung“ nennt Tschwolski seinen Mitverchworenen Poincaré. Und eben dieser Poincaré entblödet sich nicht, heute noch in der Presse und in öffentlichen Reden Deutschland der Kriegsanfertigung zu beschuldigen, das Gegenstand einer Weltverschönerung war, wie sie die Geschichte noch nicht erlebt hat. Verbrecher sind am Werke gewesen. Einst wird der Tag kommen, an welchem auch eine deutsche Reichsregierung vor dem Richterstuhl der Geschichte diese Verbrecher bei Namen nennt und das deutsche Volk von dem Fluche der niederträchtigsten Lüge der Geschichte sowie von den Folgen dieses Fluches befreien wird.

Der Reichskanzler an Dr. Schacht.

Berlin. Anlässlich der Niederlegung des Amtes des Reichswährungskommissars durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Gjalmar Schacht, die sich aus der Neuregelung der Währungsverhältnisse ergeben hat, hat der Reichskanzler an den Reichsbankpräsidenten folgendes Schreiben gerichtet: Sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident!

In Uebereinstimmung mit Ihrem gefälligen Schreiben vom 11. ds. Mts. sehe ich in der Gewinnung der verstärkten Goldgrundlage für die Reichsbank den Abschluß eines Zeitraum außerordentlicher währungspolitischer Maßnahmen. Ich kann mich deshalb der Wichtigkeit Ihrer Auffassung nicht verschließen, daß die Voraussetzungen hierfür geschaffen sind, unter denen die Reichsregierung am 12. November 1923 das Amt eines Reichswährungskommissars geschaffen hat. Ich bitte deshalb der Niederlegung dieses Amtes durch

Sie, sehr verehrter Herr Reichsbankpräsident, zu und bin mit Ihnen der Ansicht, daß die der Reichsregierung obliegenden währungspolitischen Angelegenheiten künftig wieder allein durch die allgemein dafür zuständigen Stellen erledigt werden müssen. Dabei lege ich aber größtes Gewicht auf die Feststellung, daß gerade diese Tätigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und der Reichsbankleitung bedarf. Ich vertraue darauf, sehr verehrter Herr Präsident, daß Sie in diesem Sinne der Reichsregierung stets und in vollem Umfange Ihre Hilfe leisten werden.

Namens der Reichsregierung spreche ich Ihnen gleichzeitig, sehr verehrter Herr Präsident, den aufrichtigsten Dank für Ihre hingebungsvolle und erfolgreiche Arbeit als Reichswährungskommissar aus. Ich bin mir dabei bewußt, daß seit dem Tage, an dem Sie die Leitung der Reichsbank übernommen haben, Ihr Amt als Reichsbankpräsident und Ihre Betätigung als Reichswährungskommissar von einander nicht mehr zu trennen sind. In dieser zusammengefaßten Tätigkeit haben Sie durch die zielstrebige und feste Kreditpolitik der Reichsbank in einer der wichtigsten Richtungen die Aufrechterhaltung der Währung während der Uebergangszeit bewirkt. Ebenso ist es Ihr hohes Verdienst und das Ergebnis Ihrer ganz persönlichen Arbeit, daß durch die Schaffung der Goldkreditbank der deutschen Wirtschaft eine Entlastung zuteil wurde, die ihr auf der Grundlage der Rentenmark allein in diesem Ausmaß nicht gewährt werden konnte. Auch Ihre Arbeit am Zustandekommen des Sachverständigenentscheidens, an den Vorarbeiten zu und innerhalb der Londoner Konferenz und endlich an dem Erfolge der 50-Millionen-Anleihe wird in der deutschen Geschichte unvergessen dastehen.

Alle diese Erfolge waren nur möglich, nachdem die ungeheure Inflation durch die Schaffung der Rentenmark zum Stillstand gebracht worden war. Als die Deutsche Regierung vor der Herausgabe der Rentenmark am 15. November v. J. zur Durchführung der von ihr beschlossenen Maßnahmen der verantwortlichen Mitarbeit eines hervorragenden Bankfachverständigen bedurft, haben Sie sich, sehr verehrter Herr Präsident, wenige Tage vor diesem 15. November mit schnellem Entschluß dem öffentlichen Dienste zur Verfügung gestellt. Der großen Bedeutung dieser Ihrer Mitwirkung für die sachgemäße Durchführung der Einführung der Rentenmark und der Erhaltung des Wertes des neuen Zahlungsmittels gedenkt die Reichsregierung mit Anerkennung und Dankbarkeit.

Mit aufrichtiger Hochachtung bin ich, sehr verehrter Herr Reichsbankpräsident,

Ihr sehr ergebener

ges. M. r. z.

Die Vohnbewegung der Eisenbahner.

Die ersten Verhandlungen.

Berlin. Zwischen der Reichsbahn-Aktiengesellschaft und den Eisenbahnerorganisationen fanden die ersten informatorischen Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen der Eisenbahner statt. Die Besprechungen haben bisher zu einem positiven Ergebnis nicht geführt. Nach längerer Verhandlung wurden sie um acht Tage verschoben, da die Reichsbahn dafür inzwischen katifische Erhebungen anstellen will. Es wurde in Aussicht gestellt, daß eventuelle Hilfsmittelmaßnahmen für Gebiete, die von der Teuerung besonders betroffen sind, durchgeführt werden. Weiter wurde von den Eisenbahnerorganisationen auch für die Beamten eine Gehaltserhöhung verlangt, über die jedoch ebenfalls erst in einem späteren Zeitraum verhandelt werden soll. Im Laufe dieser Woche treten hier die Spitzengemeinschaften aller Richtungen zusammen, um zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die von gewisser Seite durchgeführte andauernde Preisüberhöhung wirksam bekämpft werden könne. Am Dienstag versammeln sich die Eisenbahnerorganisationen, um von der Reichsbahn-Aktiengesellschaft erneut zu verlangen, daß zusammen mit den Organisationsvertretern über die Personalverordnung für die Eisenbahner verhandelt werde.

Um die Wiedereinführung des Wohnungsgeldes.

Berlin. Im Reichsfinanzministerium haben in den letzten Tagen mit den Vertretern der deutschen Beamenschaft Besprechungen stattgefunden, die die Frage der Wiedereinführung des Wohnungsgeldes zum Gegenstand hatten. Es wurde schließlich ein Kompromissvorschlag gemacht, die bisher vorhandenen fünf Klassen in vier Klassen umzuwandeln. Doch soll aller Wahrscheinlichkeit nach für besonders teure Orte, wie Berlin und Frankfurt a. M., eine Sonderklasse geschaffen werden.

Die geplante Verwaltungsreform.

Die Verwaltungsakademie Berlin, das von den Beamten- Spitzenverbänden mit Unterstützung des Reiches und der Länder unterhaltene Institut zur wissenschaftlichen Fortbildung der Reichs-, Landes- und Kommunalbeamten, eröffnete am Montag in der Aula der Berliner Universität eine Verwaltungswissenschaftliche Woche, die von Beamten aus dem ganzen Reiche besucht ist.

Ministerialdirektor Bracht vom Reichsministerium des Innern begrüßte die Veranstaltung im Namen der Reichsregierung und eröffnete gleichzeitig die Reihe der Vorlesungen mit der Behandlung des Themas:

„Verwaltungsreformen und Mitarbeit der Beamenschaft an ihnen“.

Der Redner schilderte zunächst die vielen Schwierigkeiten und Hemmnisse der verschiedensten Art, die einer gründlichen Vereinfachung der Verwaltung entgegenstehen. Ein Krebsgeschwür sei vor allem die Ueberfülle der Gesetze seit der Kriegszeit. Es sei ein ganz unbaltbarer Zustand, wenn beispielsweise der Band des Reichsgesetzesbuches von 1919 stärker sei als das ganze corpus juris mit den Wandelten. Um hier Wandel zu schaffen, werde jetzt in der Reichsregierung daran gearbeitet, mit größter Beschleunigung folgendes Reformwerk durchzuführen: Sämtliche Bände des Reichsgesetzesbuches von 1867-1924 sollen daraus durchgesehen werden, welche Gesetze und Verordnungen überholt und nicht mehr gültig sind. Nach Ausmerzung dieser Gesetze und Verordnungen sollen die geltenden Rechtsbestimmungen gesammelt und vielleicht in fünf Bänden zusammengefaßt werden nach den Gebieten öffentlichen Verwaltungs- und

Staatsrechts, bürgerlicher Rechtsfragen, Wirtschaftsrechts, Finanzrechts, internationalen Vertragsrechts usw. In einer Frist von 2 Jahren müßte sich dieses Werk der Edmuna unseres Rechtswesens durchführen lassen.

Die zweite Voraussetzung einer Verwaltungsreform sei eine Vereinfachung der Rechtsprechung auf dem Gebiete der Verwaltung. Die Fälle der einzelnen Verwaltungsgerichte auf dem Gebiete der reinen Verwaltung, des Versicherungswesens, des Versorgungswesens usw. könne auf die Dauer nicht bestehen bleiben. Die widersprechenden Entscheidungen der Verwaltungsgerichte und der höchsten ordentlichen Gerichte hätten vor allem auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens zu einer unangenehmen Rechtsunsicherheit geführt. Gegenwärtig werde verucht, ein neues Vereinigsgesetz möglichst bald herauszubringen, um endlich Klarheit zu schaffen. Daneben werde die Einrichtung eines Reichsverwaltungsgerichts geplant, das in der Weise arbeiten soll, daß beim Reichsgericht neben den bestehenden Zivil- und Strafsenaten besondere Verwaltungs-senate eingerichtet werden, die als höchste Instanz die Entscheidung in Streitigen Verwaltungsfragen haben. Der Redner ging dann auf die Vereinfachung des Verwaltungsapparats ein und betonte, daß die Zusammenlegung von Ministerien gegenwärtig besonders durch die Raumfrage erschwert werde. In der inneren Verwaltung müßte vor allen Dingen der Geschäftsgang vereinfacht werden; gegenwärtig sei eine gemeinsame Geschäftsordnung der Reichsministerien in Vorbereitung, die noch im Winter herauskommen werde.

Der Redner schloß mit der Mahnung an die Beamten, durch eigene Initiative das Werk der Verwaltungsreformen nach Möglichkeit zu fördern.

Die Räumung hat begonnen.

Mannheim. (Funkpruch.) Die Franzosen haben heute früh 7 Uhr mit dem Abziehen begonnen. Um 7.30 Uhr zogen 50 Mann mit Vagaggewagen über die Rheinbrücke in Richtung Ludwigshafen ab. Die übrigen Truppen werden im Laufe des Tages folgen. Um 10.15 Uhr wurde das Mannheimer Schloß geräumt. Um einen reibungslosen Abzug zu ermöglichen, hatte die Polizei seit heute früh 5 Uhr die Abzugstraßen gesperrt. Die Bevölkerung enthielt sich jeglicher Ausubegung. Die seit Februar 1923 im Mannheimer Hafen tätige Schiffsabfuhrkontrolle von 1 Offizier und 25 Mann blieb zurück.

Karlsruhe. (Funkpruch.) Wie bereits angekündigt, ist heute früh 7 Uhr der Abzug der im hiesigen Rheinhafen stationierten französischen Truppen erfolgt, mit Ausnahme eines kleinen Kommandos von 15 Mann, das für die interalliierte Schiffsabfuhrkontrolle zurückbleibt. Der Abzug erfolgte ohne Zwischenfall und ohne viel Aufsehen zu erregen über den Rhein nach der West.

Die Räumung der Dortmund Zone.

Berlin. Wie wie von unterrichteter Seite erfahren werden die Maßnahmen zur Zurückziehung der militärischen Besatzung aus der Dortmund Zone bereits heute Dienstag abend beginnen. Die militärische Räumung selbst wird innerhalb 3 Tagen beendet sein. Die Reichsregierung ist bereits über den Umfang der vorzunehmenden militärischen Räumungsmaßnahmen verständigt worden.

Die Uebergabe der Regiebahnen an die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat sich bisher reibungslos vollzogen. Die Maßnahmen zur Vereinfachung der interalliierten Eisenbahnregie sind in vollem Gange und dürften demnächst beendet werden.

Dortmund. Durch die französische Besatzung sind in der Stadt Dortmund 560 Wohnungen mit 1100 Zimmern 7 städtische Schulen, vorübergehend das Goethe-Gymnasium, ferner das staatliche Gymnasium, 5 städtische Verwaltungsgedäude, die für 600 Mann bestimmte neue Schulpfaleis, das Hauptamt, das Eisenbahnverkehrsamt, vorübergehend das Ueberbergamt, der Stadtkirchhof, das Stadhhaus und andere Gebäude besetzt worden. Es ist noch nicht bekannt, wohin die Truppen am 22. 10. abziehen werden; nur lokal scheint festzustellen, daß der Stad District nach Osten verlegt wird.

Die Ueberhöfste bei der Reichspost.

Berlin. Dem Reichstag ist eine Denkschrift des Reichspostministers Dr. Goelke zugegangen, in der eine Ueberlicht über die tatsächlichen Kassenergebnisse gegeben wird. Diese Ueberlicht stellt fest, daß im Februar 117 Millionen Mark Einnahmen 78,9 Millionen Mark Ausgaben gegenüberstanden, also ein Ueberschuß von 38,1 Millionen erzielt wurde. Im März war ein Aufschuß von 124,8 Millionen erforderlich, die Einnahmen betragen 151 Millionen die Ausgaben 270,8 Millionen. Seit Beginn des Rechnungsjahres 1924 im April waren Aufschüsse nicht mehr erforderlich. Im April wurde bei Einnahmen von 127,5 Millionen und Ausgaben von 113,8 Millionen ein Ueberschuß von 13,7 Millionen erzielt, im Mai bei Einnahmen von 130,1 Millionen und Ausgaben von 110,8 Millionen ein solcher von 19,3 Millionen; im Juni betrug der Ueberschuß 2,5 Millionen bei Einnahmen von 123,5 und Ausgaben von 120 Millionen, im Juli 4,8 Millionen bei Einnahmen von 140,3 und Ausgaben von 135,5 Millionen. Im August endlich fanden Einnahmen von 130,2 Millionen Ausgaben von 121,7 Millionen gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 8,5 Millionen erzielt wurde. Der Gesamtüberschuß seit Beginn des Rechnungsjahres 1924 beträgt also 49,8 Millionen Mark. Die Denkschrift fügt hinzu: Aus den finanziellen Monatsergebnissen kann ein zuverlässiger Schluß auf das Jahresergebnis nicht gezogen werden, da die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Reichspost sich nicht gleichmäßig entwickeln, sondern fortgesetzten Schwankungen unterliegen. Dies hat seinen Grund vor allem darin, daß die jeweilige Wirtschaftslage der Deutschen Reichspost wesentlich beeinflusst wird durch die allgemeine Wirtschafts- und Verkehrslage überhaupt. Die Betriebsbedürfnisse treten außerdem in den einzelnen Monaten ganz verschiedenartig auf. Es kommt hinzu, daß in Erfüllung der Aufgaben der Deutschen Reichspost fortlaufend Verbindlichkeiten entstehen z. B. auf dem Gebiete des Beschaffungswesens und Bauwesens, die sich in den Kassenausschüssen vielfach erst später, besonders gegen Ende des

Advertisement for PALMIN soap. It features a large central logo with the word 'PALMIN' in bold, flanked by two smaller logos. Text on the left says 'Die kluge Hausfrau nimmt nur das echte'. Text on the right says 'mit dem Namenszug: Dr. Schmidt auf jeder Packung!'. The background is dark with light-colored text and logos.

Verwaltungsjares geordnet auswirken. Die Ueberträge sind jeweils vorwiegend als Betriebsmittel in den Händen der Deutschen Reichspost verblieben. Ein Teil der Ueberträge, der aber den Betrag von etwa 20 Millionen nicht übersteigt, ist einstragend angelegt worden.

### „Enttüllungen“ aus Polnisch-Oberschlesien.

In Polnisch-Oberschlesien liegen der Bund der Aufständischen und ihr Führer und ehemaliger Führer, Korfanty, einander seit einigen Wochen in den Haaren. Der Kampf wird in Plätzen ausgefochten, die an allen Straßenecken angelegt worden, und in der von Korfanty neugegründeten „Polonia“, während seine ehemaligen Verbündeten, die „Grenzzeitung“ und der „Goniec Slonki“, sich auf die Seite der Aufständischen geschlagen haben. Mit der schmutzigen Wäsche, die die beiden Parteien waschen, braucht man sich außerhalb Polens nicht zu befassen, da es sich mehr oder weniger um Mord und alle Geschichten handelt, für die niemand Interesse hat. Nur zwei Punkte aus dem Kampf müssen hervorgehoben werden.

Nachdem der Vorstoß des Bundes der Aufständischen in einem Plakat Korfanty mit allen nur erdenklichen Schimpfwörtern belegt und ihm angebliche Unterstützung der Deutschen vorgeworfen hatte, warnte Korfanty seinerseits die Öffentlichkeit vor seinem Gegner als einem Schädling und wies darauf hin, daß die Aufständischen bei jeder Gelegenheit in den Gang der Verwaltung der Provinz eingzugreifen versucht hätten. Wenn diese Versuche keinen Erfolg gehabt hätten, habe der Verein in anderer Weise seinen Zweck zu erreichen sich bemüht, z. B. durch terroristische Taten. Dann heiße es in der Antwort Korfantys wörtlich: „In einem Rechtsstaat ist es nicht erlaubt, mit Hilfe von Bomben und anderen Versammlungen zu sprengen, mögen dies auch deutsche Versammlungen sein. Politische Gegner, mögen dies auch Deutsche sein, darf man in einem Rechtsstaat nicht mit Terror und tödlichen Angriffen bedrängen.“

Hier gibt Korfanty selbst die Bestätigung dafür, daß Gewalt jeder Art in Polnisch-Oberschlesien das Kampfmittel gegen das Deutsche gewesen ist. Mit Recht wird aber in der deutschen Presse Polnisch-Oberschlesien hervorgehoben, daß die Aufständischen diese Methoden von Herrn Korfanty selbst gelernt haben. Der „Goniec Slonki“ bezieht sich auf die Gefährlichkeit der Ausrüstung Korfantys und weist in einem Artikel darauf hin, daß die Deutschen diese Worte aus dem Munde eines polnischen Politikers als einen Beweis für das Vorhandensein des Terrorismus in Oberschlesien anführen würden.

Was aus dem Kampf der ehemaligen Rufenfreunde ferner für die weitere Öffentlichkeit Interesse hat, ist folgender Absatz aus einer der Erklärungen Korfantys: „Herr Grogel (der Vorsitzende des Bundes der Aufständischen) schleudert eine ganze Reihe von Verleumdungen gegen mich. Ich behaupte er, daß ich mich dem dritten Aufstand erst drei Tage nach seinem Ausbruch angeschlossen habe, indem ich abgemerkt hätte, ob er Erfolg haben werde oder nicht. Das ist vollkommen unwaar, und nur die Rücksicht auf das Staatsinteresse verbietet mir darüber zu sprechen, unter welchen Umständen der dritte Aufstand ausbrach und wer sein Urheber war.“

Der dritte polnische Aufstand in Oberschlesien brach sechs Wochen nach der Volksabstimmung am 8. Mai 1921 aus. Er hat, wie durch spätere Ausrüstungen Korfantys und anderer maßgebender polnischer Persönlichkeiten erwiesen ist, einen großen Einfluß auf die Teilung Oberschlesiens infolge gehabt, als die Polen mit Unterstützung der Franzosen mit Erfolg den Eindruck zu erwecken suchten, daß das ganze von den polnischen Aufständischen besetzte Gebiet den Anschluß an Polen wünsche. Es war damals schon offenbar, daß der Aufstand von Warschau aus, wenn nicht angezettelt, so doch sehr nachdrücklich gefördert worden war. Die Tatsache, daß alle Waffen von Warschau geliefert waren, und daß Truppen des polnischen Heeres in den Weichen der Aufständischen kämpften, war offensichtlich. Durch Korfantys Ausrüstung wird jetzt behauptet, daß der dritte polnische Aufstand in Oberschlesien tatsächlich das Werk der polnischen Regierung war, und daß er angezettelt wurde, um die Entscheidung über Oberschlesien zu beeinflussen. Die polnischen Blätter in Katowitz sind denn auch erst seit über die Offenherzigkeit Korfantys. Der „Goniec Slonki“ schreibt: „Man kann es einfach nicht glauben, daß ein reifer Mensch der polnischen Landespolitik solche Steine in den Weg legt in dem Augenblick, in dem das Echo der Ausführungen MacDonalds über die Teilung Oberschlesiens noch nicht verklungelt ist. Herr Korfanty hat aber tatsächlich mit einem Aufzug, in dem diese Worte stehen, die Hände und Klauen tapaziert. Aus den Worten Korfantys läßt sich der Schluß ziehen, daß Polen und die polnische Regierung an dem Aufstand, der auf die Teilung Oberschlesiens an Polen von Einstuß war, beteiligt war. Tatsächlich haben nach Ausbruch des Aufstandes in Schlesien damals Italien, Deutschland und England der polnischen Regierung vorgeworfen, daß Polen den Aufstand hervorgerufen habe, daß seine Truppen in Schlesien kämpften, daß es Waffen geliefert habe, daß hingegen die schlesische Bevölkerung ruhig ist und keinen Kampf will.“

Die Ausrüstungen des Wlades lassen erkennen, welchen Eindruck die Offenherzigkeit Korfantys in Polen gemacht hat. Im Zusammenhang mit allen anderen schweren wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Teilung, die mehr und mehr hervortreten, zeigt die Festigung, die aus den Ausrüstungen der polnischen Blätter spricht, wie groß in Polen die Befürchtung ist, daß eines Tages doch noch nicht nur MacDonald, sondern die ganze Welt zu der Ueberzeugung kommen werde, daß die Teilung Oberschlesiens ein schwerer Irrtum war.

### Forderungen an Rußland.

Vertragliche Abmachungen mit Rußland über die Regelung der Vorkriegsforderungen bestehen nicht. In Art. 1b des Rapallo-Vertrages haben beide Regierungen allerdings erklärt, daß die durch den Kriegszustand betroffenen privaten Rechtsbeziehungen, unter die auch die Vorkriegsforderungen fallen, nach dem Grundlag der Gegenseitigkeit geregelt werden sollen. Es läßt sich aber noch nicht übersehen, ob und wann es zum Abschluß einer diese Gegenseitigkeit im Einzelnen festlegenden Uebereinkunft kommen wird. Eine Möglichkeit, deutsche Vorkriegsforderungen gegen russische Schuldner in Rußland managsweise einzutreiben, besteht zurzeit nicht. Denn nach Art. 2 des Einführungsgesetzes zum russischen Bürgerlichen Gesetzbuch werden Streitigkeiten über bürgerliche Rechtsverhältnisse, die vor dem 7. November 1917 entstanden sind, zur Verhandlung vor den russischen Gerichten nicht zugelassen. Andererseits besteht kein Gesetz, welches dem russischen Schuldner verbietet, seinen ausländischen Gläubigern wegen dessen Vorkriegsforderungen freiwillig zu befriedigen. Praktisch wird dieser Weg der gegenseitigen Auseinandersetzung allerdings nur selten zum Ziele führen, da die meisten russischen Schuldner durch die Nationalisierungsgesetzgebung vollständig verarmt sind. Die vielfach vertretene Auffassung, daß die russische Regierung durch die Nationalisierung ipso jure in die Verbindlichkeiten der nationalisierten Unternehmungen eingetreten ist, wird von der russischen Regierung abgelehnt.

### Um die Erneuerung des Rheinlandabkommens.

Berlin. Die Coblenzer Verhandlungen drehen sich zur Zeit um die Erneuerung des Rheinlandabkommens in der alten Form, die von deutscher Seite lebhaft erstrebt wird. Es handelt sich hierbei nur um das naturgemäß altbedeute Gebiet. Von deutscher Seite wird insbesondere die Wiederherstellung der Stellung eines Reichskommissars gewünscht, um dadurch Garantien zu bekommen für eine unparteiische Behandlung der Rheinlandfragen. Man glaubt auch, daß auf diese Weise am besten gewissen Bestimmungen entgegen gearbeitet wird, die auf eine Internationalisierung oder Neutralisierung des Rheinlandes hinzielen. Bisher ist von französischer und englischer Seite ziemlich weitgehendes Entgegenkommen gezeigt worden und man hofft die meisten der deutschen Wünsche in absehbarer Zeit durchzusetzen.

### Politische Tagesübersicht.

Die Antworten auf das deutsche Memorandum. Das deutsche Memorandum in der Frage des Eintritts in den Völkerbund ist bekanntlich gleichzeitig an die zehn Staaten gerichtet worden, die im Völkerbundrat vertreten sind. Bislang sind darauf die Antworten von England, Frankreich, Japan und Uruguay im Auswärtigen Amt eingetroffen; es stehen also noch die Antworten der sechs übrigen Staaten aus. Die Veröffentlichung des Memorandums und der Antworten soll, wie wir hören, erst erfolgen, wenn sämtliche Antworten eingetroffen sind und zusammenfassend mitgeteilt werden können.

Der lettische Gesandte Dr. Witt hat Berlin verlassen; während seiner Abwesenheit führt der mit den Funktionen des Legationsrats betraute Generalkonsul Krewinich die Geschäfte der Gesandtschaft.

Reisebesuch des Londoner Volkshauptmanns? In den politischen Kreisen verläutet, daß im Falle einer Umbildung der Reichsregierung in absehbarer Zeit mit einer Reisebesuch des Volkshauptmanns in London zu rechnen sein wird, da die Verdon des Volkshauptmanns Dr. Eshamer den Reichsparteien nicht genehm ist und man sich bei den Deutschnationalen wichtige Vorteile für den Fall einer Umbildung der deutschen Botschaft in London verspricht.

Saktsbefehl gegen Matthes. Auf eine Anfrage im Landtag weist das Justizministerium darauf hin, daß gegen den Separatisten Matthes zur Vollstreckung der durch das Urteil des Schwurgerichtes Würzburg ausgesprochenen Gefängnisstrafe von 5 Monaten Haftbefehl erlassen wurde. Matthes soll sich zur Zeit in Genf aufhalten.

Die französischen zerkürrten Gebiete und die deutschen Naturerlebensgebiete. Gestern fand in Cambrai eine große Versammlung der Vertreter der zerkürrten Städte und Dörfer Nordfrankreichs statt. Die Versammlung richtete das Ersuchen an die Regierung, einen möglichst großen Teil der deutschen Naturerlebensgebiete den zerkürrten Gebieten zu gute kommen zu lassen. Sie ersuchten die Regierung ferner, dafür zu sorgen, daß der Preis der deutschen Waren so gehalten sei, daß Deutschland möglichst viel ausführen könne.

General von Frentag-Loringhoven †. Am Sonntag ist in Weimar der General der Infanterie Hugo Frentag von Frentag-Loringhoven, stellvertretender Generalquartiermeister im Weltkrieg, nach schwerer Krankheit gestorben. Frentag von Frentag-Loringhoven, der 1855 in Pölsand, wo sein Vater im russischen diplomatischen Dienst stand, geboren wurde, war nicht nur ein bedeutender General, sondern auch ein hervorragender Wissenschaftler, er war Ehren doktor der Universität Berlin.

### Mittelstandstagung Ostschlesien.

Bauhen. Am Sonntag fand hier in den Kronenfelden der von Verband für Handel und Gewerbe, Bauhen, im Verein mit den Ortsverbänden der Ostschlesien veranstaltete 2. Ostschlesienstagung für Handel, Handwerk und Gewerbe statt, der sich zu einer Kundgebung des gesamten selbständigen Mittelstandes gestaltete. Die Verhandlungsanfrage hielt der Vorsitzende des Verbandes für Handel und Gewerbe Kaufmann Martin Warkisch, Oberregierungsrat Dr. Gelbhaar begrüßte die Versammlung namens des Wirtschafts- und Finanzministeriums und der Reichshauptmannschaft, Landtagsabgeordneter Grafmann namens der Deutschnationalen Volkspartei, Landtagsabgeordneter Bed namens der Deutschen Volkspartei. Nach weiteren Ansprachen hielt Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Schneider einen längeren Vortrag über die Londoner Konferenz und die Auswirkung ihrer Bestimmungen auf den selbständigen Mittelstand. Er sagte, daß seit dem Londoner Abkommen sich ein gründlicher Wandel der Dinge in Politik und Wirtschaft vollzogen. Die Reparationen dürfe man als Auslandspropaganda für deutsche Arbeit nicht unterschätzen. Die Reichsfinanzen seien glänzend und gestärkten den Abbau der Steuern, sowie der Frachten der Reichsbahn. Sei dies geschehen, so könne auch an eine Reduzierung der Produktionskosten gedacht werden. Der geschäftsführende Vorsitzende der Sächsischen Einzelhandels-Gemeinschaft, Landtagsabgeordneter Professor Dr. Raffner, sprach über die wirtschaftlichen Aufgaben von Handel, Handwerk und Gewerbe. Er wies auf die großen Schäden hin, die Handel, Handwerk und Gewerbe in den verflochtenen Jahren erlitten haben und gab die Forderungen des kleingewerblichen Mittelstandes bekannt. Nach ihm sprach Kaufmann Frische-Dresden über „Der selbständige Mittelstand und der Staat.“

Die angenommene Entschliessung enthält folgende Forderungen: 1. In wirtschaftlicher Beziehung: Sofortige restlose Beilegung der Preisbremsengesetzgebung, die ein Ausnahmestück gegen den gewerblichen Mittelstand darstelle und seit Stabilisierung der Währung überflüssig sei; Abbau der Preisprüfungsstellen; stärkste Kontrollmaßnahmen aller Behörden gegen Wadergewerbe, Straßenhandel und Wadertlager; Reform der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen unter Anpassung an die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse; entgeltliche Entzuehung legaler Unterstützung der Verbände an die Beamten-Einkaufsorganisationen; Verbot jeder kaufmännischen Betätigung in den Diensträumen während der Dienststunden; Rückkehr der Lieferanten zu vorkriegsmäßigen Lieferungs- und Zahlungsbedingungen; gerechte und vernünftige Anwendung der Kartellgesetzgebung; Bereitstellung ausreichender Kredite für den gewerblichen Mittelstand. 2. In steuerlicher Beziehung: Ausbau und Wiederherstellung eines ausreichenden Rechtschutzes im Steuerwesen; Unterbindung der willkürlichen oder schematischen Schätzungen bei der Einkommensteuerveranlagung; Wegfall der Zuschläge und Strafen für verspätete Steuerabgaben oder Steuererklärungen; weitere Ermäßigung der Umsatzsteuer; stärkste Ablehnung der Kleinhandelssteuer; Verminderung der Zahl der Steuertermine; Erweiterung der Steuerermäßigungsmaßnahmen; Reform des gesamten Steuerwesens unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit, Billigkeit und wirtschaftlichen Tragbarkeit.

### Der sozialdemokratische Bezirksparteitag von Ostschlesien.

In Dresden tagte am Sonntag der sozialdemokratische Bezirksparteitag von Ostschlesien. Eine Entschliessung, die gegen wenige Stimmen Annahme fand, lautet:

„Daß die Koalitionspolitik zur Verdrängung zuverlässiger demokratischer und sozialdemokratischer Republikaner aus politischen wichtigen Staatsämtern geführt hat, daß unter der Koalitionsregierung die Rechtsprechung oft den Charakter der schlimmsten Klassenjustiz angenommen hat,

daß auf sozial- und kulturpolitischem Gebiete die Reaktion und die Kirche ungewöhnliche Erfolge verzeichnen können.

Diese Ergebnisse widersprechen den Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterklasse, weil sie den Ausbau des schließlichen Frei Staates zur demokratischen und sozialen Republik verhindern.

Nach zahlreichen Kundgebungen im Lande steht die übergroße Mehrheit der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei dieser Regierung mit härtestem Unwillen und Mißtrauen gegenüber.

Über den Vor- und Nachteilen der Koalition hebt die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei“ wie das in den Vereinbarungen auf dem Berliner Reichsparteitag beschlossen worden ist.

Die Bezirksparteitagung mißbilligt daher diese Koalitionspolitik, sie fordert den Rücktritt der vier sozialistischen Minister und ermahnt vom Landesparteitag, daß er scharf formulierte Richtlinien als Mindestforderungen für die Landespolitik aufstelle.

Wird die Durchführung dieser Richtlinien abgelehnt, dann sind die sozialdemokratische Landtagsfraktion und die Landesinstanzen verpflichtet, sofort die Initiative für die Auflösung des Landtages und für Neuwahl zu ergreifen.“ Ferner wurde noch ein Antrag von Groß-Dresden angenommen, der die Forderung auf Auflösung des Landtages besonders unterstreicht. Entschliessungen, die die Veranabigung Reiners und eine allgemeine Annahme für Landfriedensdruckprojekte fordern, fanden einstimmige Annahme.

### Von der Rentenmark zur Goldmark.

Dresden. Unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Reiches fand am vergangenen Sonnabend im Ausstellungs-palast die 3. Mitgliederversammlung des Wirtschaftsverbandes der Deutschen Holzindustrie statt. Unter den Gästen bemerkte man Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsernährungsministeriums, der Reichsbahn-Gesellschaft, sowie den Chef des Sächsischen Reichswirtschafts-Kommandos.

Den ersten Teil der Tagung nahm ein mit stürmischem Beifall aufgenommenem Vortrag des Wirklichen Legationsrats a. D. Dr. Wicker, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, ein, der über das Thema

### „Die Wirtschaftslage Deutschlands“

sprach. Er ging davon aus, daß es zumeilen nicht nutzlos sei, einmal einen Ueberblick über die vergangenen Jahre zu geben. In diesem Zusammenhang schilderte Herr Dr. Wicker die Verhältnisse, die im Oktober des vergangenen Jahres zu der Errichtung der deutschen Rentenbank geführt haben. Die Finanzlage des Reiches war so verfahren, daß es unmöglich war, einen Ueberblick zu haben über die Schulden, die das Reich damals hatte und man wußte am Abend nicht, wie die Summen, die am nächsten Morgen für die Gehälter der Angestellten und Beamten erforderlich waren, aufzubringen waren. Da wurde von der Wirtschaft, hauptsächlich der Industrie, der Bankwelt, dem Handel und der Landwirtschaft unter dem Druck der Verhältnisse die Rentenbank mit einem Kapital von 2400 Millionen Goldmark gegründet. Von diesem Kapital erhielt das Reich einen Vorschuß von 900 Millionen Goldmark und zur Auslösung der im Ausland befindlichen Papiermark weitere 300 Millionen. Die Rentenbank war in der Hauptsache gegründet auf das Vertrauen, auf ihre Fundierung. Wiederholte Versuche mancher Kreise, das Vertrauen zu der Rentenbank aus spekulativen Rücksichten zu erschüttern, konnten vereitelt werden. Der Redner ging dann über zu der Form einer Liquidierung der Rentenbank, denn die Bank war nur als Provisorium gedacht bis zur Gründung einer neuen Goldbank, die jetzt nach dem Dawes-Entschluß geschaffen worden ist. Die Liquidierung werde in der Weise erfolgen, daß die Gesamtlast der Rentenbankbelastung auf die Landwirtschaft übergeben und die Industrie ihren Reparationsanteil durch die Verpflichtungen, die ihr aus den Industrieobligationen erwachsen, zu tragen habe. Die Landwirtschaft wird die zur Liquidierung erforderliche Summe im Betrage von 120 Millionen Goldmark jährlich abzüglich von 60 Millionen Goldmark, die das Reich als Zinsen für die ihm gewährten Darlehen in Rentenmark beizutragen hat, übernehmen. Es ist damit zu rechnen, daß die Liquidation des Umlaufs der Rentenmarkseine in spätestens 10 Jahren beendet sein wird. Der Redner ging dann über zu der Frage der Aufwertung und warnte davor, sich falschen Hoffnungen über die Höhe dieser zu erwartenden Aufwertung hinzugeben, die nicht höher sein dürfe, als das Notgeiz sie vorschreibe. Er kam dann zu der Frage der Auslandskredite und vertrat den Standpunkt, daß Auslandskredite, wenn sie von großen Unternehmungen angenommen würden, für die Wirtschaft große Vorteile böten, daß sie aber für mittlere und kleinere Unternehmungen nicht wünschenswert seien. Die Auslandskredite, die alle über die Reichsbank liefen, würden nicht nur für die aufzunehmenden Unternehmungen, sondern indirekt auch für die mittlere und kleinere Industrie große Vorteile bieten. Die Kreditkapazität der Goldnotenbank würde sich vergrößern und es würden viele interne Kredite frei werden. Auf die Frage der Handelsverträge bedauerte der Redner wegen der Kürze der Zeit nicht näher eingehen zu können. Der Dawes-Plan habe nach seiner Ansicht schon sein Hauptziel erreicht, nämlich Deutschland aus der hilflosen Gewalt seiner Feinde zu befreien und unsere Handelsbeziehungen wieder in vertraglich festgelegte Bahnen zu lenken und so das Vertrauen zu schaffen, daß man sich am Verhandlungstische zusammenfinde und nicht durch Diktate unendliches Unheil anrichte, wie das bisher geschehen sei. Der Redner schloß damit, daß wir nach seiner Ansicht uns in den nächsten zwei Jahren im Innern konsolidieren, und unsere Handelsbeziehungen regulieren könnten, um dann, wenn die volle Auswirkung des Dawesplanes eintrete, für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Er habe aber die Überzeugung, daß, nachdem man die entsprechenden Erfahrungen gesammelt habe, je nach dem Ausfall dieser Erfahrungen eine friedliche Lösung des ganzen Problems möglich würde.

### Herriots innere Schwierigkeiten.

Paris, 20. 10. 24. Das Kabinett Herriot ist bekanntlich eine Kinderheilsregierung, die sich nur durch die Unterstützung seitens der Sozialdemokraten gegenüber einer starken Opposition halten kann. Wegen seiner Außenpolitik wird Herriot kaum in Schwierigkeiten geraten. Dagegen scheinen sich neuerdings innerpolitische Schwierigkeiten für ihn zu ergeben. Nach dem Kabinett Herriot ist es bisher nicht gelungen, die ständig steigende Steuerung aufzuhalten. Nach einem Leitartikel des „Temps“ scheinen sich für die Regierung Herriot neue Schwierigkeiten zu ergeben angesichts gewisser Strömungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Im Vordergrund steht nach dem „Temps“ die Frage der Annahme des Budgets durch die Sozialdemokraten, die auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag nach den Kammerwahlen eine große Rolle spielten. Ein Teil der Sozialdemokraten wolle die Politik der Unterstützung fortsetzen, ein anderer verlange ihre Aufkündigung, ein dritter Teil sei weder für das eine noch das andere, sondern rate eine Politik des Druckes auf die Regierung an. Aktuell wird die Frage durch das Herannahen der Kammertagung. In der Einberufungsorder erinnert der Generalsekretär der sozialistischen Partei an die Resolution des außerordentlichen Kongresses, wonach die politische Gruppe von der durch das Parteireglement auferlegten Verpflichtung, in jedem Fall gegen das gesamte Budget zu stimmen, entbunden wurden und zwar um der Reaktion eine besonders gefährliche parlamentarische Waffe zu nehmen und um die Loyalität der Unterstützung zu beweisen. Die Gegner dieser Anschauung sehen in der Anerkennung des Budgets eine Preisgabe ihrer Prinzipien, da es in mehreren wesentlichen Punkten eine Wiederholung des Budgets der Regierung Poincarés sei. Die drei Anschauungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei werden auf dem kleinen Parteitag am 1. und 2. November in Paris in einen harten Kampf gegeneinander geraten. Sollte die Anschauung der Anerkennung des Budgets überwiegen, so werden für Herriot kritische Tage kommen.

### Antwort auf den offenen Brief des ehemaligen Ministerialdirektors Freund an den Ministerpräsidenten Heide.

In der sozialdemokratischen Presse wird ein vom ehemaligen Ministerialdirektor Freund an mich gerichteter offener Brief veröffentlicht, der sich gegen die Materialzusammenstellung der sozialdemokratischen Minister wendet, insofern diese sich mit der Person Freund befaßt. Darauf habe ich zu erwidern:

In der Materialzusammenstellung heißt es in Bezug auf Freund: Berufung wörtlich: — Freund war von Weimar nach Dresden geholt worden, weil, wie Liebmann in einer Fraktionsrede betonte, die Regierung einen tüchtigen sozialdemokratischen Verwaltungsjuristen benötigte, den sie leider in der sächsischen Partei nicht finde. Freund wurde zunächst Ministerialrat in der III. Vollgelehrtenabteilung. Später stellte sich heraus, daß Freund weder Jurist noch Verwaltungsbeamter war und auch seinen Doktor nicht gemacht hatte, sondern daß seine Sachkenntnis mehr auf ärztlichem Gebiete lag.

Dieser Freund bezeichnet diese Darstellung als unwahr und ehrenrührig, weil nach seiner Meinung der Eindruck erweckt werde, er habe sich als Jurist in das Ministerium eingeschlichen. Demgegenüber verleihe man das obige Bild aus der Zusammenstellung, und man wird klar sehen, mit welchen Verdrehungen Herr Freund arbeitet. Es wird aber Herrn Freund nochmals ausdrücklich bekräftigt, daß der damalige Minister des Innern sowohl in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, wie dem Gesamtministerium erklärt hat, er brauche einen tüchtigen sozialdemokratischen Verwaltungsjuristen, der in der sächsischen Partei leider nicht zu finden sei. Ein solcher sei aber der jetzt als Ministerialrat in Thüringen tätige Dr. Freund, der jedoch die Beurlaubung gestellt habe, daß er, sobald in Sachen ein Ministerialdirektorposten frei werde, auf diesen Posten berufen werde. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion und die Minister suchten also nach der Darstellung des damaligen Ministers des Innern der Meinung zu sein, daß es sich in der Person Freund um einen erstklassigen promovierten Verwaltungsjuristen handle.

Wenn Freund in seinem offenen Briefe auf die Personalisten verweist, aus denen seine ärztliche Herkunft herorgehe, so müßte auch ein abgebanter Ministerialdirektor wissen, daß die Personalisten nicht allen Ministern ohne weiteres zur Verfügung stehen, daß sie auch dem Gesamtministerium bei Berufungen nicht vorgelegt werden, sondern daß sich das Gesamtministerium auf den Vorschlag des zuständigen Ministers stützt, der eine Berufung oder Beförderung vorschlägt.

Auch der damalige Ministerpräsident Dr. Reigener war sehr wenig über Freund orientiert. Als Reigener, nachdem die Berufung Freund's schon beschlossen worden war, aufmerksam gemacht wurde, daß Freund weder Jurist noch Doktor sei, erklärte er: „Ich weiß nicht, ob er Arzt oder Jurist ist, jedenfalls ist er ein bekannter Mann.“

Daß Freund sich als Doktor ausgegeben und Unterschriften als solcher geleistet habe, ist in der Materialzusammenstellung der vier Minister nirgends gesagt worden.

Wenn Freund weiter behauptet, daß sich der jetzige Minister des Innern von der Unhaltbarkeit der gegen Freund in der Presse erhobenen Vorwürfe überzeugt habe, so ist das, gelinde gesagt, unrichtig. Vielmehr hat der Minister des Innern Herrn Freund ausdrücklich gesagt, daß er Klarheit fordere und demgemäß verlange, daß Freund Strafamttrag stelle. Aus alledem ergibt sich, daß von dem in der Materialzusammenstellung mit Bezug auf Herrn Freund Gesagten nichts zurückzunehmen ist. Wenn die sozialdemokratische Landtagsfraktion und das Gesamtministerium nicht zureichend orientiert worden sind, so muß sich Herr Freund mit seinen offenen Briefen an andere wenden, die, ohne über ihn ausreichend unterrichtet gewesen zu sein, gleichwohl seine Berufung befürwortet haben.

Die von Herrn Freund am Schluß seines offenen Briefes angedeuteten Konsequenzen muß also Herr Freund selbst ziehen. Sollte die sozialdemokratische Presse erneut Anlaß nehmen, sich über derartige Veröffentlichungen zu betätigen, so mag sie nicht wieder Ursache und Wirkung verwechseln.

Geldt, Ministerpräsident.

### Die versäumte Steuerfrist.

Von Steuerjurist Dr. Fr. Joh. Vogt, Amdorf.  
Es besteht eine Vorschrift in der Reichsabgaben-Ordnung, nach der Nachsicht wegen Versäumung einer Rechtsmittelfrist gewährt werden kann. Die Nachsicht soll immer gewährt werden, wenn jemand ohne sein Verschulden verhindert war, eine Frist einzuhalten. Der Antrag auf Gewährung einer solchen Nachsicht muß innerhalb zweier Wochen nach Ablauf des Tages gestellt werden, an dem der Steuerpflichtige den Antrag stellen konnte, an dem er also nicht mehr ohne sein Verschulden verhindert war, die Frist einzuhalten. Durch diese Nachsicht ist es dem Steuerpflichtigen möglich, auch Entscheidungen anzufechten, die an sich bereits rechtskräftig geworden sind. Im Jahre 1923 haben viele Steuerpflichtige den rechtzeitigen Einbruch gegen den Einkommensteuerbescheid 1922 unterlassen, weil ihnen der Streitgegenstand durch die Selbstentwertung gering erschien. Diese staatsbürgerlich vernünftige Handlung ist durch einen Steuerzahler zum großen Nachteil geworden, als die Befehle über die Zahlung der letzten Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe und der Abschlußabgabe auf die Einkommensteuer 1923 erschienen. Diese Befehle setzten nach dem alten Papiermarkfuß von 1922 Jahressummen in Goldmark fest. Es ergab sich in manchen Fällen, daß die Zahlungen für den Steuerpflichtigen zu hoch waren. Der Einbruch war aber rechtskräftig geworden.

In diesem Falle schien die Gewährung der Nachsicht angebracht. Es ist sehr bedauerlich, daß der Reichsfinanzhof in einem Urteil ausgesprochen hat, daß die Nachsicht in diesem Falle nicht zu gewähren ist. Nach Ansicht des Reichsfinanzhofs war der Steuerpflichtige nicht gehindert, die ihm durch den Steuerbescheid mitgeteilte Veranlagung rechtzeitig anzufechten. Wenn er sich von diesem Schritt hat abhalten lassen, weil infolge der eingetretenen Geldentwertung die Steuerlast für ihn bedeutungslos war, so kann dieser innere Beweggrund nicht die Gewährung der Nachsicht begründen. Das nachträglich durch eine Gesetzesänderung, die erhöhte Steuerlast vorsieht, die ursprüngliche Steuerlast für den Bescheidnehmer so an Bedeutung gewonnen hat, daß er Anlaß hätte, ein Rechtsmittel einzulegen, ist nicht anders zu beurteilen, als wenn ein Steuerpflichtiger sich von der Unrichtigkeit seiner Veranlagung durch eine ihm erst nach Eintritt der Rechtskraft bekanntgewordene richterliche Entscheidung überzeugen konnte. Für diesen Fall hat der Reichsfinanzhof bereits die Gewährung der Nachsicht verweigert.  
Die Entscheidung des Reichsfinanzhofs erscheint mir verfehlt, da sie dem Steuerpflichtigen einen Rechtschutz verweigert, der in dem angeführten Falle unbedingt erforderlich

ist gewesen wäre. Es muß alles vermieden werden, was bei den Steuerpflichtigen das Bewußtsein auslöst, daß sie machtlos einer Vergewaltigung gegenüberstehen, anstatt einem Verwaltungsrecht mit sorgfältig ausgebautem Rechtschutz. Je härter die Steuerlast sein muß, desto wirksamer muß auch der Rechtschutz gestaltet werden.

Der Veraleich des Reichsfinanzhofes betrifft nur die juristische Rechtsmittel. Wirtschaftlich ist ein erheblicher Unterschied vorhanden. Wird eine richterliche Entscheidung später bekräftigt, so ändert das doch nichts an der wirtschaftlichen Schwere der Steuerlast, die dem Steuerpflichtigen von Anfang an bekannt war. In unserem Falle änderte sich jedoch unvorhergesehen die Höhe der Steuer und damit die direkte Auswirkung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des betroffenen Steuerpflichtigen.

Wir müssen bestimmt fordern, daß derartige Uebertragungen bei der endgültigen Veranlagung für 1924 sich nicht wiederholen. Wo aber schematische Festsetzungen an die Stelle einziehender Veranlagungen treten, da darf dem Steuerpflichtigen nicht die Möglichkeit der Gegenwehr genommen werden.

### Furchtbare Brandkatastrophe in einem Lichtspieltheater.

25 Kinder getötet. — Viele verletzt.

Köln. Bei einer Kindervorstellung in einem Lichtspieltheater geriet durch Unachtsamkeit ein Taschentuch in Brand. Es entstand eine Panik. In dem entzündeten Gebäude wurden 25 Kinder getötet. Auch ein Feuerwehrmann verlor sein Leben. 21 Kinder wurden schwer verletzt in die Krankenhäuser eingeliefert.

### Zwei elektrische Fernzüge zusammengestoßen.

Paris. (Frankfurt.) Chicago Tribune meldet, in unmittelbarer Nähe der Niagarafälle sind zwei elektrische Fernzüge zusammengestoßen, die zwischen den Niagarafällen und Buffalo verkehren. Zwei Personen wurden getötet und 77 verletzt, davon vier tödlich.

### Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

Nieser Sportverein schlägt den Tübeler Sportklub 7:0 (3:0). Obwohl man den Tübeler in diesem Treffen als Sieger voraussah, so kam doch die hohe Niederlage der Tübeler überraschend. Bis Halbzeit konnten sich die Gäste noch einigermaßen halten; aber nach der Halbzeit drangen sie vollständig zusammen. In der Tübeler Elf vermochte man jegliches Zusammenarbeiten, ganz ohne System wurde geplaut, von Kombinationsarbeit war wenig zu sehen. Zum Unglück trafen die Gäste den Nieser in seiner letzten Hochform an und mußten somit eine harte, aber verdiente Niederlage mit nach Hause nehmen. Die Nieser-Mannschaft arbeitete famos, Verteidigung und Laufreihe ließen die Tübeler Stürmerreihe kaum zu einer geschlossenen Aktion kommen. Der Nieser-Sturm gremelte in enormer Kombination des Geigers Hintermannschaft, woraus sich auch 7 Tore ergaben. — Schiedsrichter Römer-Hochlig bis auf einige Kleinigkeiten gut! — Resultate unterer Mannschaften: Die 3. Elf konnte im Verbandsspiel gegen Kollig 1:1. — Die 4. Elf dagegen erlitt einen schweren 1:0-Sieg gegen die fast vollständig antretende 1. Mannschaft des SV. Sportlust 24.

Nieser Sportverein — Abteilung für Jugendpflege. e. V. Der Jugendmeister lekte seinen Siegeszug fort und gab seinem Dresdner Gegner, VfB „Fortuna“ 1. Junioren, mit 4:0 das Nachsehen. — Mit dem ungleichen Ergebnis verlor die 2. Jugend, die unvollständig in Elbab antrat, gegen die 1. Jugend des dortigen Sportvereins. — Die Knaben gewannen gegen Kollig 5:0. — Kommenden Sonntag treten die Knaben und 1. Junioren

### Kraft.

Roman von E. Dreffel.

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Nun, wie Sie wollen. Daß Sie nie einsehen können, was Ihnen zuträglich ist. Also Hannover?“  
„Bitte, ja!“ Sie schob ihm ihr Geldtäschchen zu.  
Mit wunderlicher Empfindung wog er draußen das schlichte Lederbeutelchen in der Hand. Wenn nicht von Entbehrung, von Beschränkung redete das kleine braune Ding sicherlich. Viel mehr als das Reisegeld mochte es kaum enthalten.

Er sah nicht nach. Das wußte er so. Christines ganzes Drum und Dran verriet es ihm, und ihren lächelnden, nach erwerblicher Tätigkeit gipfelnden Ehrgeiz kannte er auch.

Nur fragte er sich immer: wozu das alles? Sie brauchte es doch nicht, das ängstliche Sparen, noch weniger das müden Bernen und Abradern mit stupiden, unfauberen Landgören. Woraus anders ging es sonst hinaus in dem entlegenen Rüstendorf ihrer Heimat, das sicher nun auch der Schauptat ihrer mühseligen Zukunft werden sollte.

Und alles bloß, weil sie zu eigenständig war, des Bruders gute Tage zu teilen, und hochmütig auf die eigene Kraft pochte, die ihr natürlich nicht das Salz zum Brot schaffte.

Hans Jörg streckte jetzt das schmale Beutelchen in die Tasche und durchmaß ein paar mal mit langen unruhigen Schritten die Halle. Wöglich blieb er sturzunehmend stehen. Es garte in ihm, dem Lachen, Weichen, etwas, das bewegender Wille werden wollte. Und nun hob des Mannes selbstlicher Handelsdrang, der immer gern Schicksale formt, herrlich die Faust. Nein, er besorgte keine Karte nach Hannover, er wußte's drauf ankommen lassen, dies vorläufige Wädel in die andere Richtung zu dirigieren. Sie soll ihn nicht immer schulmeisterlich oder herausfordernd anfeinden, sie soll mal über ihn staunen, soll die stärkere Manneskraft über sich fühlen.

Gutwillig natürlich nicht. Bewahre, sie würde sehr rabiat sein. Schließlich aber, sie war nur Weib. Er hatte ihrer manch eine bezwungen, und mit dieser Christine, die doch keine bezwungene und verwöhnte Elfe war, sondern ein knorriges Alltagsmadel von unerträglicher Pedanterie, mit dieser sachlichen Strandsdiffer sollte er nicht fertig werden können? Das wäre!

Ein Hühner toll war am Ende der Straße, den er war hatte, und dazu nicht mal mit kopfloser Verliebtheit zu entschuldigen. Nein, keine Idee. Christa war seine Freundin, weil sie seine Antipodin war. Sie reizte, sie ärgerte ihn, aber sie beschäftigte ihn auch und deshalb begann ihn dies gespannte Verhältnis beinahe zu unterhalten.

Die Ide Welt war nicht halb so fabel, wenn er sich mit diesem grauen Bücherwurm herumschlug. Mit ihrer größten Pedanterie mußte unbedingt mal gründlich unterhalten werden. Sie saß auf Erden, die

### Immerwährend

werden Neubestellungen auf das „Nieser Tageblatt“ von allen Feinschmeckern und zur Vermittlung an viele von der Tagesblatt-Geschäftsstelle, Goethestraße 59, entgegengenommen.

wirklich an ihm hing, ihn mochte, so wie er nun mal geworden war, die immer eine Entschuldigung für ihn bereit hatte, würde ihn schon herausreißen, sobald es kritisch wurde.

Er war einig mit sich. Strads ging er jetzt in den Gepädraum, wo man bereits das Gepäck für den fälligen Zug verladen hatte bis auf einen großen Korb, dessen schwarze Wachsdruckdecke ein weißes leuchtendes O. T. in weißer Farbe zierte, und ein abgegriffenes Handkofferchen mit den gleichen Initialen bemalt.

„Schauerhaft“, dachte Hans Jörg. „Das ist wieder ganz und gar Christine, die mehr auf handgreifliche Zweckmäßigkeit sieht, denn auf gefällige Eleganz.“

Er löschte den noch des Fahrzeugs harrenden Träger fürstlich ab und veranlaßte die Ueberweisung der beiden Effekten nach dem Anhalter Bahnhof, da ein Irrtum vorläge. Das Gepäck habe bis zum Münchener Abendzug bei dem Anhalter Portier zu lagern, sein Kutscher werde den Garantierschein an sich nehmen.

Sodann verständigte er diesen mit dem Befehl sofortiger Rückkehr, worauf er mit der harmlosesten Wiene zu Christine hineinging.

„So Fräulein Christa, das wäre erledigt.“  
Er händigte ihr das Portemonnaie ein, daß sie mit gemurmelt Dank unbesehen fortstreckte.

„Lassen Sie uns noch auf glückliche Reise anstoßen,“ schlug er liebenswürdig vor. „Ein Schluß Portwein wird Ihnen gut tun, Sie sehen ja zum Erbarmen aus.“

Schon brachte der Keller die bereits bestellte Erfrischung. Hans Jörg füllte hurtig die Gläser.

„Ist denn noch Zeit?“ fragte Christine zögernd.  
„Rasseln“, beruhigte er sie und hob das Glas gegen sie auf: „Ihr Wohl, werthe Erzeindin.“

Sie lächelte großmütig, nippte den starken Wein, tat es zum anderen Male und fand, daß er ihr wirklich ein Labfal war. Und als Bernow darauf meinte, der „durchgedrückt“ Examinaand in müsse er noch ein extra hoch bringen, denn Gläserspitze seien rar auf dieser schönen Erde, lachte sie ungekränkt und ließ heißer ihr Glas an das seine klingen. Zugleich kam sie ins Reden.

Wie wäre sie unterhaltamer, als wenn sie sachsimpeln könnte, warf er ihr scherzend vor. Doch ihn schien die Sache nun selber zu interessieren, er ging dem ihm sonst verhassten Examenplunder bis auf den Grund und konnte gar nicht loskommen.

Christine, die vor wenigen Minuten noch jämmerlich ausgehört, bekam heiße Baden, ob vom Eifer des Gesprächs oder dem schweren Wein sei dahingestellt. Jedenfalls aber schien sie in Verfolgung ihrer Lieblings-themata Zeit und Ort zu vergessen. Sie bemerkte nicht, daß sich das Fluten und Bereden der Reisenden schon ein paar mal wiederholt hatte, bis Bernow, die Uhr ziehend, verblüfft rief:

„Himmel, da haben wir Ihren Zug verschmocht, Fräulein Christa. Was's nicht 12,36 Uhr?“ Er hielt ihr den schon über Eins vorgerückten Chronometer hin. „Ja, der ich längst über alle Berge.“

„Ach Gott!“ sie war läch erwidert und wieder sehr blaß geworden.

„Nun, das braucht Sie nicht unglücklich zu machen, Sie nehmen einfach den nächsten“, tröstete er schmeichelt.

„Er ließ ein Kursbuch bringen und schlug eifrig nach.“  
„Ra ja 9,25 geht wieder einer. In Hannover 2,12.“  
„In der Nacht?“ rief sie besorgt.

„Schadet das was?“  
„Ich kann meiner Freundin doch nicht bei Nacht und Nebel ins Haus fallen, wo sie gar nichts von meinem Kommen ahnt. Außerdem ist mir Hannover fremd. Nein, daran ist nicht zu denken. Es muß auch vorher einer über Stendal gehen, meine ich. Bitte, sehen Sie schnell nach.“

Jetzt dauerte es aber eine geraume Weile, ehe er sich zurecht fand, während sie mit unruhigen Fingern die Tischplatte klopfte.

„Endlich hatte er's.“ „hm, ein Summelzug um zwei, fährt seine guten sechs Stunden, die reine Tortur. Die würd' ich mir nicht zumuten, wenn ich schon zum Umfallen bin. Ueberdies trüben Sie auch erst spät abends bei Ihrer Freundin ein, und ich glaube, Ueberfahrungsbesuche hat man im allgemeinen lieber bei Tage. Vor allem aber war's die Frage, ob Sie überhaupt noch diesen langstieligen Zug erwischen, der ja vom Lehrter abgeht.“

Sie seufzte niedergeschlagen. „Dann muß ich eben in die Pension zurück und morgen fahren. Wie dumm das nun aussieht. Auch ist mein Zimmer schon vergeben.“

„Tut' ich nicht an Ihrer Stelle. Wäre viel einfacher, Sie nähmen den Nachtzug 11,45 Uhr. Dann sind Sie 6,22 Uhr früh in Hannover, restaurieren sich gemächlich auf dem dortigen schönen Bahnhof, wo Sie alle Bequemlichkeiten haben und sagen Ihrer Freundin zu passender Stunde guten Morgen.“

„Das ginge eher. Nur, was fange ich bis zum Abend an? Den halben Tag hier festzusetzen, ist auch nicht verlockend. Es ist wirklich fatal.“

„Und meine Schuld“, nickte er zerknirscht.

„Ach was, ich bin doch kein Kind, hätte selber auf die Zeit achten sollen. Nein, daß mir dies passieren konnte!“  
„Sehen Sie wohl? Selbst der korrekteste Mensch kann mal was verbummeln, und von meinsgleichen erwarten Sie gar immer die edelsten Vollkommenheiten. Gib's einfach nicht in dieser unvollkommenen Welt, wo einem die Züge fortlaufen, während man sich aus gutem Herzen glückliche Reise wünscht. Doch Scherz bei Seite. Ich bin natürlich Ihr Mitfühler. Jahn gute Stunden müssen wir abhaken, sollten die sich nicht in Berlin passabel zerschlagen lassen, wenn man nur in der richtigen Gemütsstimmung ist?“

„Ja, haben Sie denn Zeit?“ fragte sie zwischen Lachen und Weinen.

„Nach Ihrer „maßgeblichen“ Meinung, mein unglückliches Fräulein, wie ich ja überhaupt nie was. Ergo, was Bernow's da auf einen Summelzug mehr drauf an?“  
„Doch, wie Sie selbst das harmloseste Wort zu einer Spitze drehen“, begehrte sie auf.

„Na, na, wir wollen uns doch jetzt nicht janken, sondern amüüsieren. Einverleiben?“ lachte er avimütig.

In Waldheim gegen die gleichen der dortigen Spielvereinigung zu Werkspielen an. Das Spiel der 1. Junioren wird als Freispiel ausgetragen.

**Damenhandball.** NSB. stellte am Sonntag 2 Mannschaften ins Feld. Die 1. Elf spielte gegen „Wettin“ 1. Wurz, 1:1. Der Sieg wurde in den letzten Minuten durch einen Weltstich Wurgens, der über die Torhüterin ins Netz sprang, verdickeht. Die Mannschaft spielte aufopfernd, vor allem im Sturm, nur die Vorrückreihe ließ ihre sonstige Sicherheit in Abwehr und Angriff vermissen. Das Tor für Niesla erzielte Fr. Dabnefeld durch einen scharfen, gut platzierten Wurf. — In einem Nebenspiel gegen die erstmalig spielende Mannschaft des Döbelner Sportklubs errang die 2. Mannschaft des NSB. einen sicheren 5:0-Sieg.

**Fußball im S. Niederelbe-Gau.** Von den zum Entscheidungsspiel der Jugend berechneten Mannschaften war To. Niesla nicht angetreten. Dagegen traten die beiden anderen Mannschaften Tu.Sv. V. Olsch von 1902 1. und To. Weida 2. am vergangenen Sonntag zur Platzweide des Sv. Raundorf bei Olsch pünktlich an und lieferten beide ein gleichwertiges Spiel, aus dem die Olscher mit 66:61 Punkten als Sieger hervorgingen und somit Westmannschaft der Jugend wurden. Durchschnittsalter für Olsch 17 Jahre, für Weida 15 Jahre.

**Göden.** NSB. — **Militärhandballmannschaft Inf.-Regt. 10, Dresden 4:4 (3:1).** NSB. in veränderter Aufstellung wieder mit Erlas gelang es nicht, die Niederlage vom letzten Sonntag weit zu machen. Die Mannschaft ist durch die vielen Um- und Neuaufstellungen noch nicht zusammengespült. Zum Spielverlauf folgendes: In den ersten Minuten wird eine tadellose Flanke des Nieslaer Rechtsaußen mühelos verwandelt. Einige Minuten später fiel auf dieselbe Weise das zweite Tor. Dann kann der Halblinke aus einem Geplänkel heraus Nr. 3 schießen. Niesla führt 3:0. Nach einem so vielversprechenden Anfang sieht es so recht nach einer brennigen Niederlage der Dresdner aus. Aber meistens kommt es anders als man denkt. Der Militärmannschaft gelingt es im schönen Court nicht nur weitere Tore zu verheizen, sondern auch noch bis Halbzeit ein Tor aufzuholen. Nach Halbzeit kommen die Dresdner immer mehr auf und die Nieslaer beachten leicht den Fehler, den Halblinken zur Verhinderung der Läuferreihe zurückzunehmen. Der Sturm wird dadurch geschwächt und kann sich in keiner einseitigen Leistung zusammenfinden. Der Westmannschaft gelingt es trotz aufopferndem Spiel nicht, den Nieslaer den Vorsprung zu sichern. Die Schwarzblauen zogen gleich und konnten sogar das Führungstor vorlegen. Die Hauptschuld daran trifft den einheimischen Torwart, der leichtsinnig spielte. Die Mannschaft kann sich vorn ruhig abmühen, ihn berührt wie es scheint eine Niederlage nicht. Aber auch den einen Schiedsrichter trifft die Schuld mit. Die Nieslaer spielen meistens überlegen, aber immer wieder ist es der Dresdner Torwart, der die Durchbrüche abstoppt. Hier muß sich der einheimische Mittelstürmer gesorgt sein lassen, daß mit „Schlenza“ allein nicht immer Tore erzielt werden, sondern daß auch ein kräftiger Schlag manchmal nötig ist. Auch hat er nicht das nötige Vertrauen zu seinen Nebenpielern. So glaubte man schon an eine erneute Niederlage, bis der Linksaußen mit einem gelungenen Schuß den Ball in den Kasten setzt und damit ein Unentschieden herausholt. Nach einige kleine Änderungen und das Mannschaftsgefüge ist brauchbar. Ueber die Dresdner gilt daselbe wie im letzten Bericht. Sie waren besser als vor 8 Tagen und gaben die Sache auch dann nicht verloren, als das Spiel für Niesla schon 3:0 stand. Schiedsrichter Wänig war gut.

### Kunst und Wissenschaft.

**Dresdner Musikbrief.** Die immer weitere Kreise ziehende Gänzelrenaissance hat sich nun auch Dresden erobert. Die Staatsoper brachte des Altmeisters einzige komische Oper „Xerxes“ in einer prunkvollen, modernen Barockart atmen die Aufführung, die das melodienreiche Werk dem an alten Opern so armen Spielplan erwerbend bürt. Grund dafür ist neben der geschickten, lühnenwirkamen, aber trotzdem zu manchem Einwand herausfordernden Bearbeitung Oscar Hagens, die Stilikritik der musikalischen Sprache, die bereits (Das Werk ist 1738 entstanden) Mozart voraussehen läßt. Die Aufführung unter der routinierten musikalischen Leitung Hermann Kuhlbachs, bei der Generalintendant Reuber selbst meisterhaft Regie führte, genügt hohen Ansprüchen, wenn auch die darstellerischen und gesanglichen Leistungen nicht durchweg reiflich befriedigen konnten. Um die Wiedergabe machten sich hauptsächlich Hirtel, Ernold, Helene Jung, Angela Kolinat und Willy Stephan verdient. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß sich Helena Forti, heute eine der besten Darstellerinnen der deutschen Opernbühne, nach langjähriger, selten erfolgreicher Wertschätzung als Adriano in Wagners „Rienzi“ von dem Dresdner Publikum verabschiedete, und Eric Wildhagen, der früher als Operist

Tenor an der Dresdner Oper wirkte, dann in Italien zum Baritonisten umfubierte, erfolgreich als Escamillo gaitierte. Der junge, mit prachtvollen Stimmmitteln begabte Röntker hat sich ausserordentlich entwickelt.

**Die erste deutsche Tierärztin.** An Weinsig hat Frau-lein Ruth Eber, die Tochter des Professors, in der veterinärmedizinischen Fakultät der Leipziger Universität, Heinrich Kruant Eber, die tierärztliche Approbation erworben und ist damit die erste deutsche Tierärztin geworden.

**Die schwimmende Universität.** Eine Gruppe von reichen Amerikanern hat eine schwimmende Universität ins Leben gerufen. In diesem Zweck wurde ein großer transatlantischer Dampfer, Prince Alice, angekauft und eingerichtet. Das Schiff wird 400 Studenten aufnehmen und dem Lehrkörper und Schiffspersonal Unterkunft bieten. Der Lehrplan sieht jährlich eine Weltreise vor. Japan, China, Indien, Griechenland, die Türkei, Italien, Ägypten, Tunis, Spanien, Deutschland, Holland, Skandinavien, England und Frankreich sollen nacheinander angelaufen und besucht werden. Mit diesem Ausdauerunterricht verbindet sich ein großartiger Lehrgang in Geographie, Geschichte, Kunst, Botanik und anderen Zweigen. Die alte Scholarenromantik lebt wieder auf. Wie die alten Burgen in früherer Zeit durch ganze Erbtelle wanderten, um zur Alma mater zu eilen, so werden jetzt die glücklichen amerikanischen Studenten um die Erde fahren und Wissenschaft und Lebensgenuss miteinander verbinden. O, neue Wunderschifflichkeit!

**Koloniale Vorträge.** In diesem Wintersemester wird wieder wie im vergangenen Sommersemester im Seminar für orientalische Sprachen in Berlin, Dorotheenstr. 6 eine Reihe von kolonialen Vorträgen öffentlich und kostenlos abgehalten werden. Die Vorträge beginnen am Mittwoch, den 22. Oktober, abends 6 Uhr, mit einem Vortrag des Archivrats Dr. h. c. Dehner über die Schönheiten und Werte der deutschen Kolonien, der durch Lichtbilder illustriert wird.

**Zum Tode von Anatole France.** Die Vorlesenden des Deutschen Friedensartells haben an den Präsidenten der französischen Kammer, Herrn Painlevé, ein Telegramm gerichtet, in dem sie ihre herzliche Teilnahme an dem Verlust aussprechen, den Frankreich und die Welt durch den Tod des großen Dichters erlitten haben, der so ganz Frankreich und zugleich so ganz Weltbürger war. Präsident Painlevé hat mit dem lebhaftesten Dank für diese wertvolle Sympathieäußerung im Namen der Verwandten, der Freunde und der Bewunderer von Anatole France geantwortet.

### Handel und Volkswirtschaft.

**Ueber den deutschen Bergbau im Monat September** werden uns von berufener Seite folgende Angaben über die wichtigsten Fördergebiete gemacht: Im Ruhrbezirk wurden insgesamt 8 817 458 Tonnen Steinkohlen gefördert, wodurch die Förderung zwar im Vergleich zum Jahre 1922 eine Steigerung um 10,47 Prozent erfahren hat, jedoch hinter die Förderung des Jahres 1913 noch um 6,35 Prozent zurückblieb. Dabei war die Belegschaftsziffer gegenüber 1913 um 14,07 Prozent höher. Die Förderzahlen lassen deutlich den Einfluß der im Dezember 1923 um eine Stunde verlängerten Arbeitszeit auf die Kohlenförderung erkennen. Im Vergleich zum September 1922 stieg die arbeitstägliche Förderung um mehr als 32 000 Tonnen. — In Oberschlesien wurden im Monat September zusammen 1 048 495 Tonnen Steinkohle gefördert. Im Vergleich zu 1923 nahm die Förderung um 43,4 Prozent zu und gegenüber 1913 ergab sich im Berichtsmontat eine Zunahme um 13,2 Prozent. Einer Vermehrung der Belegschaft gegenüber 1913 um 33,5 Prozent steht nur eine Vermehrung der Förderung um 13,2 Prozent gegenüber. Der Absatz hat infolgedessen eine Besserung erfahren, als Fehlersichten nur noch ganz vereinzelt eingelegt zu werden brauchen. — Im Gebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus betrug die gesamte Septemberförderung an Braunkohlen 7 442 099 Tonnen; die Belegschaftsziffer 1 924 909 Köpfe. Die Nachfrage nach Braunkohlenprodukten gestaltete sich etwas lebhafter als im Vormonat. Durch die Bedürfnisse der Industrie erlebte der Absatz an Rohkohle eine geringe Zunahme. Ein bemerkenswerter Zu- oder Abgang von Arbeitskräften fand während des Monats September nicht statt, auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse blieben unverändert.

**Reichsverband der Deutschen Industrie und Tarifpolitik der Reichsbahn.** Der Verband des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat unter Vorbehalt des Generaldirektors Walbel erneut zu den Gütertarifen der Reichsbahngesellschaft Stellung genommen, nachdem frühere Verhandlungen des Ausschusses wenig oder gar keine Beachtung gefunden haben. So hält er es für dringend notwendig, eine abermalige Ermäßigung der Gütertarife um mindestens 15 Prozent vorzunehmen, da die derzeitige Tariflage auf die Dauer für die Wirtschaft sich als untragbar erwiesen habe und erweisen würde. Als verfehlt bezeichnet der Aus-

schuß, daß durch das bestehende Transportmonopol Kapital aus der kapitalarmen Wirtschaft herausgedrückt wird; zumal ein falsches Bild im In- und Auslande durch eine vorübergehende Ueberdrehung der Wirtschaft geschaffen würde. Die bisher bewilligte Ermäßigung sei durchaus unzulänglich. Die Wirtschaftslage lasse weitere Maßnahmen als dringend geboten erscheinen. — Offensichtlich wird sich die Reichsbahn-gesellschaft dieser überzeugenden Warnung nicht verschließen.

**Notbiller als Grunderwerb.** Der Einfluß der Reichsbahn-Notbiller auf dem heimischen Mittergutsmarkt (Kreis Wolfenbüttel) zur Dilleistung bei der Einbringung der Postfruchtenernte läuft weiter. Die zu diesem Zweck in Hessen erfolgten Einläufe auf den Gütern Strauchmühle und Söndenberg (beide im Kreis Hof-Gelmar) kamen nach beendeter Durchführung der Grunderarbeiten am 11. Oktober zu ihrem Ende. Die seit dem 7. Oktober auf dem ostpreussischen Gute Groß-Blaulichen (Kreis Rastenburg) eingeführten Notbiller sind mit der Einbringung der Kartoffelernte beschliffen.

**Ein- und Ausfuhrbewilligungen für Rohle für das besetzte Gebiet** werden vom 21. Oktober ds. Js. ab ausschließlich vom Reichskommissar für die Rohlenverteilung Berlin W 62, Blümmenstraße 19, erteilt. Die von den Ein- und Ausfuhrämtern des besetzten Gebietes bisher erteilten Ein- und Ausfuhrbewilligungen verlieren am 31. Oktober ds. Js., 12 Uhr nachts, ihre Gültigkeit.

### Marktberichte.

**Landwirtschaftliche Warenmärkte zu Großhain.** Sonnabend, den 18. Oktober 1924. Wetter: schön. Stimmung: ruhig. Weizen, hiesiger, neu, 11,25—11,50; Roggen, hiesiger, 11,25—11,50; Sommergerste 11,50—12,50; Hafer, 9,50—10; Mais (Weiß und Roplasta) 12; Weizenheu 8,50—9; Weizen- und Roggenstroh 1—1,30; Haferstroh 0,90—1; Weizenmehl (70%) 18; Roggenmehl (70%) 18; Roggenkleie 7,50; Weizenkleie 7,50; Speisefarmerlen 2,50—2,70. Die Preise verstehen sich in Goldmark per 50 Kilogramm.

**Dresdner Schlachtmarkt** vom 20. Oktober. Vorfried: 1. Rinder: 252 Ochsen, 327 Bullen, 333 Kalben und Kühe; 2. 357 Kälber; 3. 698 Schafe; 4. 2235 Schweine, zusammen 4202 Tiere. Preise in Goldmark für 50 Kilogramm Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht: Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtgewichtes bis zu 6 Jahren 52 bis 54 (96), 2. junge fleischige, nicht ausgewählte, ältere ausgewählte 42 bis 48 (87), 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 26 bis 33 (74), 4. gering genährte jeden Alters 24 bis 30 (68), 5. halber Weidenastrinder 40 bis 54 (80 bis 98). Bullen: 1. vollfleischige ausgewählte höchsten Schlachtgewichtes 50 bis 52 (88), 2. vollfleischige jüngere 44 bis 47 (83), 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 34 bis 41 (75), 4. gering genährte 29 bis 35 (73), 5. Dänen 40 bis 52 (80 bis 90). Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtgewichtes 52 bis 54 (96), 2. vollfleischige, ausgewählte höchste höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 42 bis 45 (84), 3. ältere ausgewählte Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 33 bis 37 (78), 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 26 bis 30 (70), 5. mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben 20 bis 24 (65), 6. Dänen 40 bis 50 (73 bis 91). Kälber: 1. Doppelländer —, 2. beste Mast- und Saugkälber 80 bis 82 (131), 3. mittlere Mast- und gute Saugkälber 74 bis 78 (127), 4. geringe Kälber 60 bis 70 (127). Schafe: 1. Mastlamm und jüngere Mastlamm —, 2. ältere Mastlamm 40 bis 46 (96), 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Wergschafe) 22 bis 26 (58 bis 65), 4. Holsteiner 42 bis 55 (84 bis 110). Schweine: 1. vollfleischige der feineren Masten und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahre 75 bis 80 (99), 2. fettschwere 84 bis 86 (106), 3. fleischige 70 bis 74 (98), 4. gering entwickelte 60 bis 65 (90), 5. Sauen und Eber 55 bis 65 (90), 6. Dölländer 80 bis 90 (113). Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nächsten gemogene Tiere und schließen sämtliche Steuern des Handels ab. Stall für Frachten, Waack- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Staupreise. Uebertrieb: 26 Ochsen, 5 Bullen, 12 Kühe, 60 Schafe, 306 Schweine. Tendenz des Marktes: Geschäftsgang in Rindern langsam, in Kälbern mittel, in Schafen und Schweinen schlecht.

**Alltlich festgesetzte Preise an der Produktionsstätte zu Berlin** am 20. Oktober. Getreide und Mehlarten pro 100 kg, je nach pro 100 kg. (In Goldmark der Goldmarkseite oder in Rentensmark.) Weizen, märkischer 222—223, mitteldeutscher —, Roggen, märkischer 222—227, pommerischer —, westpreussischer —, Gerste, Futtergerste 215—230, Sommergerste 240—270. Hafer, märkischer 186—193, pommerischer 176—184, westpreussischer —, Mais, loco Berlin, Waggon frei Hamburg —, Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Saft (feinste Marken über Notiz) 32—35,25. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Saft 31—35. Weizenkleie, frei Berlin 13,90. Roggenkleie, frei Berlin 13—13,20. Waps 390—400. Perlmalz 400—410. Viktorias-Größen 34—38, kleine Speise-Größen 25—27, Futtererbsen 19—20. Petusaten 17—19. Ackerbohnen 20—22. Bienen 19—20. Lupinen, blaue 14—15, gelbe 16—19. Serradella alte 14,50—16, neue 20—24. Nudeln 16,20. Feinstmehl 25,20. Trockenmittel 11. Vollwertige Zuckerrüben —. Zuckermelasse 30/70 9,25. Kartoffelkoden 19,50—20.



# Dixie

## Henkel's Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung!

**Amtliche S.**

Auf Blatt 443 des Handelsregisters, die Firma Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Filiale Niesla in Niesla betr., ist heute eingetragen worden: Prokura ist erteilt Herrn Curt Ernst Erwin Goertz in Niesla. Er darf nur die Firma der Zweigniederlassung Niesla und nur gemeinschaftlich mit einem Vorstandsmitgliede oder mit einem anderen Prokuristen dieser Zweigniederlassung rechtsverbindlich zeichnen.

**Umtsgericht Niesla, den 18. Oktober 1924.**

Die nachstehende Polizeiverordnung vom 12. September 1912, die Beleuchtung der Treppen und Fluren in den Wohnhäusern betreffend, bringen wir hiermit in Erinnerung.

**Der Rat der Stadt Niesla, 21. Oktober 1924. Wf.**

**Polizeiverordnung**

die Beleuchtung der Treppen und Fluren in den Wohnhäusern betreffend.

Im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt und Sicherheit wird auf Grund von § 164 des allgemeinen Baugesetzes für das Königreich Sachsen vom 1. Juni 1900 folgendes verordnet:

In allen bewohnten Gebäuden sind während der Abendstunden die Treppen und Gangfluren ausreichend zu beleuchten. Die Beleuchtung hat mit Eintritt der Dunkelheit zu beginnen und

mindestens bis 9 Uhr abends andauern. Die Verpflichtung besteht nicht, solange die Haustüren verschlossen gehalten werden. Der Polizeibehörde gegenüber ist der Hausbesitzer oder sein Stellvertreter verantwortlich.

Nachtritten dieser Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Niesla, den 12. September 1912.  
Der Rat der Stadt Niesla,  
Dr. Scheider, Bürgermeister.

**Wandergewerbebescheinigung für 1925.**

Die Inhaber von Wandergewerbebescheinigungen weisen wir hiermit darauf hin, daß es sich empfiehlt, Anträge auf Ausfertigung solcher Bescheinigungen für das Jahr 1925 schon jetzt bei uns zu stellen, damit die Gewerbebescheinigungen bereits vor dem 1. Januar 1925 in den Besitz dieser Bescheinigungen gelangen.

Wer zum ersten Male einen Wandergewerbebescheinigung beantragt, muß außer einem unaufgehobenen Lichtbild und einem ärztlichen Zeugnis, die in jedem Falle bei Antragstellung mit vorzulegen sind, noch Führungszeugnisse auf die letzten 5 Jahre beibringen.

**Der Rat der Stadt Niesla, am 20. Oktober 1924.**

Für die gefällige Unterermiete möblierter Zimmer hat in Zukunft der jeweilige Reichsmietendundertag einschließlich Auswertungssteuer Geltung. Sonach erhöht sich jetzt der Gesamtundertag der Untermiete ab 1. Oktober 1924 von 66 auf 67 %.

Eine besondere Umlegung der Aufwertungssteuer kommt nicht in Frage.

**Der Rat der Stadt Niesla, 20. Oktober 1924. F.**

**Spülung der Wasserleitung im Stadtteil Gröba.**

Mittwoch, den 22. und Donnerstag, den 23. Oktober 1924, je von mittags 1 bis nachmittags 6 Uhr, soll eine Spülung der Wasserleitungsrohrnetzes vorgenommen werden. Dadurch wird zeitweilige Trübung des Wassers vorkommen, auch wird stellenweise vorübergehend das Wasser ganz wegbleiben. Den Wassereigentümern wird deshalb empfohlen, rechtzeitig das erforderliche Leitungswasser zu entnehmen.

Niesla, den 14. Oktober 1924.  
Betriebsamt der Städtischen Werke  
(Gas, Wasser und Verkehr).

**Das Ausfischen des Rittergutsteiches Merzdorf**

findet Montag, den 27. Oktober 1924 statt. Fischverkauf erfolgt an Privat am Teiche von früh 9—1 Uhr nachmittags. Der Preis wird am Verkaufsstande bekannt gegeben und beträgt voraussichtlich für Karpfen 1 M. 70 Pf., für Schleie 2 M. für das Pfund.

**Der Rat der Stadt Niesla**  
— Verwaltung der Rittergüter. —

**Zehn weiße Hage** entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben. Schützenstr. 11.

**3000 bis 5000 Mark** werden gegen fünf gute Sicherheiten zu leihen gesucht. Offerten erb. unt. W 1722 an das Tagblatt Niesla.

**Einige 1000** Mark Geld gegen beste Sicherheit, evtl. auf erste Hypothek, zu leihen gesucht. Angebote unter Y 1724 an das Tagblatt Niesla.

**Poppitz-Mergendorf**

Zum Austragen des Nieslaer Tagblattes i. Poppitz-Mergendorf werden zuverlässige Leute gesucht. Nähere Auskunft erteilt und sofortige Meldungen nimmt an Tagblatt-Geschäftsstelle, Niesla, Goertzeckstr. 59.

**Kogelauferer** gesucht. Alsterstraße.